

«Debatte»

bfs Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus | Frühling 2012 | Nr. 20 | Verkaufspreis: Sfr. 3.–



Das Geschäft mit der Gesundheit

Pierre Bourdieu

Soziologie und politische Intervention gehören zusammen

Mikrokredite

Der Mythos der Armutsbekämpfung und der Profit mit den Armen

Dienstmädchen

Die heutigen Hausarbeiterrinnen sind die Dienstmädchen von gestern

Editorial

Das Gesundheitswesen stellt einer der wenigen Wachstumsmärkte der Zukunft dar. Kein Zufall, dass private Investoren für diesen bisher weitgehend marktgeschützten Bereich enormes Interesse bekunden. Im Zuge der Globalisierung drängt die Vermarktwirtschaftlichung nicht nur in noch nicht erfasste geographische Räume, sondern auch nach innen, in die Refugien des gesellschaftlichen Lebens.

Diese Ökonomisierung hat das Gesundheitswesen betriebswirtschaftlichen Normen und privatwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen unterworfen. Gerade öffentliche Krankenhäuser sehen sich mit Umwälzungen konfrontiert, die die Arbeit mit den Patient_innen unter enormen Druck setzen. Pflegeangestellte sprechen vom «überverwalteten Spital», von «brutaler Geschwindigkeit» und von «Fließbandarbeit».

Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Denn an den neuen Investitionsorten des Kapitals werden neue Arbeiter_innenklassen geschaffen und gestärkt. Das Mobilisierungspotential der Arbeiter_innen des Gesundheitswesens wächst tatsächlich weltweit. Für uns ist es wichtig, diese Entwicklungen nachzuerfolgen, denn von ihnen können in Zukunft Bewegungen ausgehen, die alle Lohnabhängige miteinbeziehen werden.

Die Redaktion

Zur Debatte...

SCHWERPUNKT GESUNDHEITSWESEN

- ▶ Spital als Fabrik: Das Gesundheitswesen durchlebt tiefe strukturelle Veränderungen. Besonders betroffen davon sind die Arbeitsbedingungen des Personals. 3
- ▶ Universitätsspital Genf: Im letzten Herbst streikten vier Berufsgruppen am HUG gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Einige kritische Überlegungen zu den Ereignissen. 6
- ▶ Patienten vor Profit: Weltweit finden im Gesundheits- und Spitalwesen Mobilisierungen, Streiks und Besetzungen statt. Sie sind eine Antwort auf das aggressiv auftretende globale Kapital. 8

WISSENSCHAFT

- ▶ Wissenschaft als politische Waffe: Zehn Jahre nach dem Tod des französischen Soziologen Pierre Bourdieu lohnt es sich, auf sein politisches Erbe zu blicken. 9

INTERNATIONAL

- ▶ Syrien ist nicht Libyen. Gilbert Achcar über Strategien und Herausforderungen militärischer Interventionen. 12
- ▶ Mikrokredite: Ein neues Buch entlarvt den Mythos um Friedensnobelpreisträger M. Yunus. 14

FEMINISMUS

- ▶ Dienstbotenunruhen: Im Sommer 1899 protestierten die Berliner Dienstmädchen. 16

NEUE LINKE

- ▶ Aneignen und Verstetigen: Die **soziale Aneignung als Gegenperspektive auf die globale Krise**. 18
- ▶ Avantgarde und Selbstorganisation: Nicht **das leidige Verhältnis** «Führung – Masse», sondern Solidarität und Kooperation stehen im Vordergrund. 20

SCHWEIZ

- ▶ Im Keim erstickt: Die Zeiten militanter und antikapitalistischer Demos scheinen vorbei zu sein. Aber woran liegt das? 22

Das Gesundheitswesen rückte in den letzten Jahren vermehrt in die öffentliche Debatte. Kostenexplosion, Privatisierungstendenzen und der steigende Arbeitsdruck auf das medizinische und pflegerische Personal standen besonders im Zentrum. Ein Blick hinter den Entwicklungen erlaubt, diese Transformationsprozesse besser zu verstehen.

Maurizio Coppola

Arbeiten wie am Fließband

Weltweit gehört der Gesundheitsmarkt zum wichtigsten Wachstums- und Beschäftigungssektor. Dies hat damit zu tun, dass sich einerseits durch den gesellschaftlichen Wandel gleichzeitig auch die gesundheitlichen Bedürfnisse verändert haben. Andererseits hat sich in den letzten Jahrzehnten das Gesundheitswesen zu einem Investitionsfeld für das private Kapital gewandelt, obwohl der Betrieb von Spitälern vorerst und in erster Linie noch eine Non-Profit-Angelegenheit ist. Angesichts der Tatsache jedoch, dass Medizin und Pflege ein arbeitsintensives Feld ist (zwischen 60 und 70 Prozent der Spitalkosten fallen auf das Personal), liegt es nahe, dass die Interessen privater Investoren auch etwas mit grundlegend veränderten Arbeitsbedingungen zu tun haben. Die Gesundheitsreformen haben zusammenfassend das Ziel, öffentliche Spitäler betriebswirtschaftlichen Normen und privatwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen zu unterwerfen.

DRG: Kurz aber schmerzhaft?

Der letzte Reformschritt war die Einführung des DRG-Systems (*Diagnosis Related Groups*)

zur Finanzierung der Spitäler ab dem 1. Januar 2012. Jede Krankheit ist einer Fallgruppe zugeordnet, welche die Kosten für die Behandlung angibt. Neu werden sowohl in öffentlichen wie auch in privaten Spitälern gleiche Behandlungen mit dem gleichen Geldbetrag rückerstattet, wobei der Kanton 55% und die Krankenversicherung 45% der Kosten übernehmen. Benötigt ein Spital mehr als den vordefinierten Betrag, muss das Spital den Restbetrag selbst übernehmen. Der Übergang von einem output- zu einem inputorientierten Finanzierungssystem hat Auswirkungen sowohl auf die Versorgungsqualität, wie auch auf die Arbeitsbedingungen der Gesundheitspersonals. Das Spitalwesen wird regelrecht einem «Wettbewerb über den



Qualität kostet: Mitte September 2009 protestiert das Zürcher Spitalpersonal gegen die Abwertung der Pflegeberufe.

Preis» ausgesetzt. Auswirkungen verspüren vorwiegend die öffentlichen Spitäler, denn wer sein Spital wirtschaftlich unrentabel «führt», muss schliessen. Tatsächlich hat sich die Spitallandschaft der Schweiz zwischen den Jahren 2000 und 2009 gewandelt.¹ Von den 376 Spitälern 2000 wurden innerhalb von zehn Jahren über 60 geschlossen, wobei der

Manifest: Gesundheitspersonalmangel

«Das Schweizerische Gesundheitswesen ist mit einem Mangel an Fachleuten und Personal konfrontiert. Jährlich bildet es rund **5'000 Personen zu wenig aus. (...)** Die Schweiz steht damit nicht allein da: Der Gesundheitspersonalmangel ist ein weltweites Problem. Global gesehen stellt deshalb die Rekrutierung im Ausland keine Lösung dar.» So beginnt ein im Januar 2012 vom Netzwerk Medicus Mundi Schweiz und dem Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) lanciertes Manifest «Gesundheitspersonalmangel». Das Schweizer Gesundheitssystem ist ohne Migration nicht denkbar: Inzwischen sind ein Drittel der Mitarbeitenden in Schweizer Spitälern und Pflegeheimen migrantischer Herkunft. Das Manifest thematisiert die globalen Auswirkungen der transnationalen Rekrutierungspolitik im

Gesundheitswesen. Das Schweizer Gesundheitssystem «importiert» Personal u.a. aus Deutschland oder Frankreich, was zu einem Dominoeffekt führt, wie es das Beispiel Frankreich zeigt: Da es dort inzwischen auch an Personal mangelt, werden Ärzt_innen aus den ehemaligen französischen Kolonien rekrutiert. So arbeiten 40 Prozent der im Togo ausgebildeten Ärzt_innen in Frankreich. Togo subventioniert die Ausbildung, die togolesische Bevölkerung leidet gleichzeitig unter fehlendem Gesundheitspersonal. Das Manifest fordert, diesem Care-Drain entgegenzutreten, was unter anderem durch die Umsetzung eines Verhaltenskodexes der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geschehen soll. Diese Forderung nach einem nicht-verbindlichen ethischen Kodex bleibt ziemlich zahm. Wichtig hingegen ist der

Appell für mehr Ausbildungsplätze im Schweizer Gesundheitswesen (dazu gehört auch die Aufhebung des Numerus Clausus in Medizin) und die Forderung nach gleichen Rechten für ausländisches wie inländisches Gesundheitspersonal. Die Attraktivität der Gesundheitsberufe kann nur durch eine massive Verbesserung der Arbeitsbedingungen erhöht werden. Aus der Perspektive der Migrantinnen (die selber nicht direkt in die Ausarbeitung des Manifests einbezogen wurden) scheint wichtig, dass der Diskurs um Care-Drain nicht der Migrationsverhinderung dient. Kritisiert werden sollen die Profitmaximierungsstrategien und die neokolonialen Muster der transnationalen Personalvermittlung sowie die Sparpolitik im Gesundheitswesen und nicht die Migration des Gesundheitspersonals.

«*Aussagen des Pflegepersonals zeigen, dass die ‚postfordistischen‘ Arbeitsverhältnisse der Wissens- und immateriellen Arbeit nicht zu flacheren oder weniger Hierarchien führen, wie manche Soziolog_innen meinen.*»

Rückgang bei den öffentlichen Spitaler wesentlich grösser ausfiel (-20 Prozent) als bei den privaten (-2). Dass sich Spitaler zu «industriellen Unternehmen» wandeln, zeigt die Tatsache auf, dass die Direktion der Spitaler



Legende: Brutales Tempo: In Spitalern wird immer mehr und immer schneller gearbeitet.

ler immer mehr von den Chefärztinnen zu CEO's übergehen. So übernahm zum Beispiel Ende November 2006 Peter Hasler, ehemaliger Vorsitzender des schweizerischen Arbeitgeberverbandes, das Präsidium des Spitalrates des Universitätsspitals Zürich (USZ). Zeitgleich wurde Ulrich Bauer, ehemaliger Finanzdirektor der Gruppe Bühler (Uzwil SG, Produktion von Installationen für die Lebensmittelindustrie), zum Chef des Winterthurer Spitals ernannt.

Erfahrungen aus dem Ausland

Die Transformationsprozesse im Gesundheitswesen treffen natürlich nicht nur die Schweiz. Im 2007 wurde in Frankreich die Reform «Hôpital 2007» eingeführt. Auch hier wurde jede medizinische Leistung einem Finanzierungscode zugeteilt. Dadurch wurde der Preis der Leistung zur Vergleichsvariable, die Rentabilität einer Krankheit misst sich an der Kürze der Hospitalisierung des Patienten: Eine komplexe chronische Krankheit mit

psychologischen Komplikationen wird gegenüber einer Hüftenprothese höchst unrentabel. In Frankreich konnte schon kurze Zeit nach der Einführung der neuen Finanzierungs- methode festgestellt werden, dass die privaten

Kliniken vermehrt ihre Fälle auswählten. Darüber hinaus beginnen die privaten Kliniken spezifische Leistungen nach der gut bekannten Logik der Unterakkordanz an «Sub-Kliniken» zu externalisieren. Die «teuren Fälle» werden den öffentlichen Spitalern überlassen. Die Vereinheitlichung der Finanzierung hat zum Ziel, das französische Spitalwesen ganz zu privatisieren.²

Brutale Geschwindigkeit

Deutschland stellte 2003 auf DRG als finanzielles Vergütungssystem von Spitalern um.³ «Wirtschaftlichkeit» ist seither ein Dauerthema, gedroht wird mit Privatisierung,

falls das Spital die vorgegebenen Kosten nicht decken könne. Tatsächlich wurden Spitaler schon während der Übergangsphase (**Deckelung der Budgets der Spitaler**) «schlank» gespart und reorganisiert (1991 bis 2007): **Öffentliche Spitaler wurden geschlossen**, private Kliniken erleben einen Boom (+73.2 Prozent). Gleichzeitig wurde das Personal massiv abgebaut (-10 Prozent), obwohl die Fallzahlen regelmässig steigen (+18 Prozent).⁴ Dieses System der Konkurrenz aller Spitaler um Marktpositionen wird als alternativlos präsentiert. Dabei wird der Berufsethos besonders des Pflegepersonals dafür instrumentalisiert, die Arbeitsintensität zu erhöhen. Temporäre und befristete Verträge machen schon lange nicht mehr halt vor den Spitaltoren. Prekäre Arbeitsverhältnisse, die nicht länger als zwei Jahre dauern, dienen als Legitimation für grenzenlose Überstunden. Mehrbehandlungen sind auch das Ziel der Einführung von «optimierten Arbeitsabläufen». Verschwiegen wird bei der Einführung solcher betriebswirtschaftlicher Normen jedoch, dass

weder die Medizin noch die Pflege wie ein Flugzeug über Prozeduren und Reglemente «gesteuert» werden kann.

Und das Gesundheitspersonal?

Wird über die Gesundheitsreformen debattiert, kommen entweder die politischen Entscheidungsträger oder dann die privaten Akteure (Krankenkassen, Pharmaindustrie etc.) zu Wort. Das Gesundheitspersonal wird kaum zu ihrem Alltag in Spitalern gefragt. Die *Aktion gesunde Gesundheitspolitik* (AGGP) hat in zwei Schwarzbüchern⁵ die Auswirkungen der strukturellen Gewalt auf die Beschäftigten in Zürcher Spitalern dokumentiert. Die Rede ist von erhöhtem Pflegetempo, vom Übergang von der «Betreuungs- zur Verwaltungslogik» und vom Primat der Ökonomie, welches die oberen Kader bedingungslos durchsetzen wollen.

Taylorisierung der Gesundheitsarbeit

Aussagen des Pflegepersonals zeigen, dass die «postfordistischen» Arbeitsverhältnisse der Wissens- und immateriellen Arbeit nicht zu flacheren oder weniger Hierarchien führen, wie manche Soziolog_innen meinen. Vielmehr wird die Arbeit im Spital zurzeit regelrecht taylorisiert, von der Pflege bis zur Operation. Instrument dieser tayloristischen Arbeitserlegung und somit der Abkehr von der ganzheitlichen Pflege ist die Delegation von Tätigkeiten nach «unten», also zu schlechter bezahlten Kräften.⁶ Eine Pflegerin berichtet: «Die Arbeit wird aus Zeitgründen ähnlich einer Fließbandarbeit. Eine Pflegenden erledigt bei vielen Patient_innen nur gewisse Tätigkeiten, während eine zweite und dritte Arbeitskollegin bei denselben Patient_innen andere Arbeiten verrichten.»

Da nun auch aus den öffentlichen Spitalern Profit erwirtschaftet werden muss, wird der Druck und die Arbeitsintensivierung auch dort entsprechend höher. Die «tote Zeit» muss auf ein Minimum reduziert und die Arbeitszeit möglichst flexibel gestaltet werden. «Wir arbeiten einerseits alle mehr Tage als eigentlich angestellt. Andererseits arbeiten wir viel

«Es brodelt und langsam formiert sich eine Rebellion gegen unsere Leitung.»

schneller und qualitativ reduzierter. [...] Es wird in Zukunft noch schlimmer werden, wir müssen mit weniger Personal als bisher auskommen.» Über den Druck der Konkurrenz werden die internen Prozesse der Spitäler entsprechend umgestaltet.

Qualifizierte Arbeit für tiefen Lohn

Seit dem Inkrafttreten des revidierten Berufsbildungsgesetzes vom 1. Januar 2004 ist der Bund für die Reglementierung der Ausbildung im Gesundheitsbereich zuständig. Die Anpassung der Ausbildung im Gesundheitswesen an diejenigen der anderen Berufe ist der Ausdruck der Integration des Gesundheitswesens ins gesamte wirtschaftliche Geschehen. Wie alle Wirtschaftssektoren soll nun auch das Gesundheitswesen Gewinne abwerfen. Einst soziale Institutionen, werden Spitäler Reformschritt für Reformschritt zu ganz normalen Betrieben und, folglich, Gesundheitsberufe zu Berufen wie alle anderen auch.⁷ Mit der Bildungsreform ist ein neuer Beruf ins Leben gerufen worden, nämlich die FaGe (Fachangestellte Gesundheit), und im Berufsalltag werden die Rollen der Mitarbeitenden neu definiert. FaGe sind gegenüber diplomierten Pflegefachpersonen (HF) in tiefe Lohnklassen eingeteilt. Wie eine Pflegerin berichtet, müssen nun aber tiefer bezahlte Arbeitskräfte vermehrt Aufgaben für Höherqualifizierte übernehmen. «Die FaGe's machen den genau gleichen Job wie die HF's. Sogar Betäubungsmittel Morphin wurde von den FaGe's injiziert, da es zu wenige HF's hatte, die sich um die

Aufgabe kümmern konnten.»

Die Diversifizierung der Ausbildung im Gesundheitsbereich wird von Spitalern und Kliniken dafür ausgenutzt, Pfleger_innen, die aufgrund ihrer Ausbildung in tieferen Lohnklassen eingeteilt sind, bei der Anstellung gegenüber diplomierten Pfleger_innen zu bevorzugen, um sie anschliessend in höher qualifizierten Tätigkeiten einzusetzen, um Lohnkosten zu sparen. Eine unternehmerische Methode, die nicht nur in Spitalern anzutreffen ist...

Der Widerstand wächst

In den Erzählungen sickert jedoch auch der Wille durch, etwas gegen die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen zu unternehmen: «Es brodelt und langsam formiert sich eine Rebellion gegen unsere Leitung.» Die Dokumentation von Ausbeutungssituationen in Spitalern ist darum auch von Bedeutung, weil sie eine erste Grundlage schafft für die Organisation des Gesundheitspersonals.⁸

Das Gesundheitswesen wird über die organisatorischen Transformationsprozesse vermehrt dem Markt geöffnet; die kapitalistische Rationalität dringt auch in Spitalern immer mehr ein. GesundheitsökonomInnen erwarten, dass die Wirtschafts- und Staatsfinanzenkrise diese Tendenz noch verschärfen wird, «weil das anlagensuchende Geld- und Finanzkapital versuchen wird, im Gesundheitsmarkt Geschäfte zu machen.»⁹ Die heutigen Antworten der Beschäftigten sind daher umso wichtiger, um diese Prozesse frühzeitig aufzuhalten. ♦

1 Die Tatsache, dass das DRG-System erst im 2012 eingeführt wurde, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass einerseits dieses Finanzierungssystem in einigen Kantonen schon vorher eingeführt wurde, andererseits seit einigen Jahrzehnten Spitäler über die «Politik der leeren Kassen» schlank gespart werden. Das DRG-System stellt also keinen Bruch im Gesundheitswesen dar.

2 Vgl. André Grimaldi. *Hôpital entreprise contre hôpital public*, 13. Februar 2007, in: *Le Grand Soir – Journal Militant d'Information Alternative*. Abgerufen auf <http://www.legrandsoir.info/Hopital-entreprise-contre-hopital-public-par-Pr-Andre-Grimaldi.html>.

3 Die Informationen zu Deutschland wurden dem Referat von Reiner Cron, Fachkrankenschwester für Intensivpflege und Anästhesie in einem Krankenhaus in Aschaffenburg (D) während der AGGP-Tagung am 4. Februar 2012 «Spital statt Fabrik» entnommen.

4 Vgl. Böhlke, Nils/ Gerlinger, Thomas/ Mosebach, Kai/ Schmucker, Rolf/ Schulten, Thorsten (2009). *Privatisierung von Krankenhausern: Erfahrungen und Perspektiven aus Sicht der Beschäftigten*. Hamburg: VSA Verlag.

5 Schwarzbuch I: «Wir können dich zwingen» - *Gesundheitspersonal: Zielscheibe struktureller Gewalt in Zürcher Spitalern*, April 2011 und Schwarzbuch II: «Ein eisiger Wind fegt durch die Gänge» - *Verordnete hohe Arbeitsintensität belastet Zürcher Gesundheitspersonal und PatientInnen*, Dezember 2011.

6 Rakowitz, Nadja (2010). *Privatliquidation? Zur Subsumtion des Gesundheitswesens unter das Kapital*. In: *express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, 2/10.

7 Vgl. Gobet, Pierre (2007). *Zum Verhältnis zwischen Pflegepersonal und FaGe*. Abgerufen auf http://www.aggp.ch/cms/front_content.php?idcat=38&lang=1

8 Am 4. Februar 2012 fand in Zürich eine Tagung der AGGP mit dem Titel «Arbeit statt Fabrik» statt. Sie kann als Verlängerung der zwei Schwarzbücher betrachtet werden. Über fünfzig Beschäftigte der Zürcher Spitäler haben an unterschiedlichen Workshops über ihre Arbeitssituation berichtet und Erfahrungen aus dem Ausland geteilt.

9 Rakowitz 2010, op. cit.

Managed-Care gegen die Lohnabhängigen

Ende Januar wurden die Unterschriften gegen die Managed Care Vorlage eingereicht. Die aktuelle Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sieht vor, die sogenannte «integrierte Gesundheitsversorgung» juristisch festzulegen. Leistungserbringer sollen zu Versorgungsnetzen zusammengelegt werden, um ihre Arbeit zu koordinieren. So verlieren Personen, die sich für ein Managed-Care-

Modell entscheidet, die freie Arztwahl. Zudem gilt ein Managed-Care-Vertrag für mindestens drei Jahre; ein Austritt ist nur gegen eine Bezahlung in unbestimmter Höhe möglich. Diejenigen Personen, die sich nicht einem solchen Modell anschliessen wollen, werden mit einem 5 Prozent höheren Selbstbehalt bestraft. Auch sind die Netzwerke einem rigiden Budgetregime untergeordnet und die Krankenkassen

können frei bestimmen, mit wem sie Verträge abschliessen. Hinter dieser Vorlage steckt eine Rationierung des Gesundheitssystems, welche den Interessen der privaten Kassen gegenüber der Versorgungsqualität dienen soll. Wir hingegen verteidigen den Grundsatz der freien Arztwahl, sowohl beim Zugang zur Hausärztin und zum Hausarzt, sowie beim Zugang zu Spezialärzt_innen.

Im Herbst 2011 brach im Universitätsspital Genf (HUG) eine Streikwelle aus. Vier unterschiedliche Berufsgruppen haben sich gegen prekäre Arbeitsbedingungen und die geringe Wertschätzung ihrer Berufe mobilisiert. Wir drucken hier einen Beitrag ab, der Ende Januar in der französischsprachigen Zeitung der Gewerkschaft vpod Services Publics, Nr. 1, 2012, publiziert wurde. (Red.)

Yves Mugny*

Streiken aus gutem Grund



Im Herbst 2011 haben in Genf vier Berufsgruppen gleichzeitig gestreikt.

In Genf fanden in den letzten zwei Jahren nicht weniger als acht Streikbewegungen statt. Zunächst sah es danach aus, dass nur

reichten eine Neueinreihung ihrer Funktion, noch bevor die angekündigte Arbeitsniederlegung umgesetzt wurde. Somit dienen die

«Nach und nach gelingt es, die Isolation zu durchbrechen, und das Reinigungs- und Laborpersonal kehrt die Logik um, die gegen die Beschäftigten angewandt wurde.»

der Flughafen betroffen sei (Swissport, Dnata, ISS). Doch dann schwappte die Bewegung auf ein Pflegeheim (Maison de Vessy) über, und schliesslich waren gar diverse Personalkategorien im Genfer Universitätsspital (HUG) betroffen.

Ist streiken einfach eine Genfer Besonderheit? Wohl nicht, denn auch in anderen Kantonen gibt es Anzeichen für eine Entwicklung in diese Richtung. In Neuenburg genügte bereits eine Streikdrohung bei den Spitexdiensten (NOMAD), um den Forderungen der Angestellten Nachdruck zu verleihen. In der Folge liessen sich die Beschäftigten im Patiententransportdienst am Universitätsspital Waadt (CHUV) von ihren Kolleg_innen des HUG inspirieren und er-

Genfer Streikbewegungen bereits heute den Lohnabhängigen anderer Kantone oder regen gar ähnliche Aktionen an. Ein Blick zurück auf die vier Arbeitskonflikte im HUG.

Alte Missstände

Die Arbeit im Gesundheitswesen wird immer komplexer und die Arbeitslast nimmt laufend zu, gleichzeitig werden Personalbestände ausgedünnt. Am Genfer Universitätsspital verschlechterte sich das Arbeitsklima. Verschiedene Berufsgattungen verlangten schon lange eine bessere Anerkennung durch den Arbeitgeber. Was tat der Regierungsrat getan? Er beschloss, Neueinreihung von Funktionen auf unbestimmte Zeit einzufrie-

ren. Mit diesem schroffen und autoritären Vorgehen löste er eine ganze Reihe von Arbeitskämpfen aus.

Erste Auseinandersetzungen

Beim Patiententransportdienst lag schon nach zwei Tagen ein Resultat auf dem Tisch. Ganz offensichtlich wollte das Genfer Universitätsspital die Sache so schnell wie möglich beilegen, um eine Ausweitung der Bewegung zu verhindern. Fehlanzeige: Denn sogleich mobilisierten sich die Pflegeassistent_innen. Die betroffenen Gewerkschaften vpod und SIT waren überrumpelt und dazu noch uneinig. Strategie, Organisation und Resultat des Streiks schätzten sie völlig unterschiedlich ein. Die lokale interprofessionelle Gewerkschaft SIT spricht von einem Erfolg, während der vpod die Einigung nicht unterzeichnen wollte, weil dadurch das Personal gespalten wird und für bestimmte Beschäftigte gar erworbene Rechte verloren gehen (teilweise Abschaffung der Inkonvenienzentschädigung in Form der Geriatriezulage), ein Verlust, der sich auch auf andere Berufe (insbesondere Pflegefachleute) ausdehnen könnte. Notabene wurde die Zulage nur an Orten gezahlt, die mehrheitlich durch den vpod organisiert werden, was wohl kein Zufall ist.

Reinigung und Labor mobilisieren sich

Die folgenden Streiks sahen etwas anders aus. Das Genfer Universitätsspital und der Regierungsrat wollte neue Konflikte vermeiden und versuchten, die Schlechterbehandlung gewisser Funktionen durch Ausnahmeregelungen zu erklären, was aber nicht mehr zu überzeugen vermochte. Vor laufender Kamera sagte ein Mitglied des Regierungsrats, der Antrag auf Neueinreihung der betroffenen Funktionen sei gar nie eingetroffen. Zwei Tage später behauptete er, dass der Antrag zwar vorliege, aber zu spät eingereicht worden sei. Konfrontiert mit einem Schreiben, das die fristgerechte Einreichung belegt, führt der Regierungsrat nun an, im

«Das Reinigungs- und Laborpersonal hält stand und demonstriert geduldig all die falschen Argumente des Gegners.»

Dossier würden bestimmte Unterlagen fehlen. Was aber genau fehle, dies zu sagen konnte er sich nicht aufrufen und wenn keine Medien anwesend sind, gibt er gar zu, dass es seine «grundsätzliche» Position sei, nicht auf Anträge auf Neueinreihung einzugehen.

«Grundsätze» gegen Demokratie

Die Grundsätze des Regierungsrats haben eine Zeit lang die Verhandlungen blockiert, während der Streik versandete und die Lage im Universitätsspital unklar blieb. Die Situation war unhaltbar, und der Arbeitgeber wurde gehässig im Ton: Es werden Drohungen gegen den vpod und die Streikenden ausgesprochen. Aber auch mit der Methode des Terrors kommt die Spitalleitung nicht weiter als vorher mit der Verachtung. Das Reinigungs- und Laborpersonal hält stand und demonstriert geduldig all die falschen Argumente des Gegners: Nachdem die Beschuldigung gestreut wurde, die Streikenden würden lebenswichtige Blutkonserven zurückhalten, spenden diese kurzerhand eigenes Blut. Und als der Regierungsrat jegliche Verhandlungen ausschliesst, lassen die Streikenden im Grossen Rat eine Resolution verabschieden, die breite Unterstützung bis in die Ratsrechte hinein geniesst. Damit verlangen sie die Eröffnung von Verhandlungen. Nach und nach gelingt es, die Isolation zu durchbrechen, und das Reinigungs- und La-

borpersonal kehrt die Logik um, die gegen die Beschäftigten angewandt wurde. Angesichts der anschwellenden Unterstützung hört man im Regierungsrat, der Grosse Rat könne verabschieden, was er wolle; der Regierungsrat fühle sich dadurch nicht gebunden. Ein schönes Demokratieverständnis, das da aufleuchtet.

Die Lehren der Streikbewegungen

Für beide Berufsgattungen kam schliesslich eine Einigung zustande (siehe Kasten). Das Universitätsspital konnte die Lage nicht über Monate hinweg eskalieren lassen. Aufschlussreich ist dabei die Haltung der Exekutive. Dennoch sollten wir uns durch die erungenen Zugeständnisse nicht blenden lassen. Denn in Genf herrscht eine harte Haltung auf Seiten der Regierung, die lieber 300 Streikende im Regen stehen lässt als Verhandlungen aufnimmt. Noch selten verhielt sich ein exekutives Gremium derart verachtend gegenüber Staatsangestellten und deren Vertretung. Es stehen uns bewegte Zeiten bevor. Ausser die Vernunft siegt und die Menschen lernen,



Das Laborpersonal ist wütend: Über 10 Jahre lang wurde ihr Beruf nicht aufgewertet.

wieder zuzuhören. Verhandlungen sind nicht einfach ein milde Gabe von oben. Bis der Genfer Regierungsrat dies begreift, kann allerdings noch eine Weile vergehen. ♦

* Yves Mugny ist Zentralsekretär bei der Gewerkschaft vpod.

Streikergebnisse konkret

Die Streikbewegung am Genfer Universitätsspital hatte als oberstes Ziel die Anerkennung der betroffenen Berufe. Wie jedoch die Streikenden selbst erklären, ergeben die erkämpften Resultate noch nicht die geforderte Anerkennung.

Grundsätzlich wurden alle Berufe in eine höhere Lohnklasse eingeteilt. Für das Reinigungspersonal bedeutet es eine Lohnerhöhung von mindestens 800 CHF

ab dem 1. Januar 2012. Ab dem 26. Dienstjahr erhalten sie zudem zwei weitere Ferientage.

Für die Beschäftigten des Patiententransport, das Reinigungspersonal und die Laborangestellten wurden zudem paritätische Kommissionen eingeführt. Diese sind nun dafür zuständig, organisationelle Fragen zu lösen (Personalbestand, Karriereplanung, Umsetzung der Abkommen etc.). Für das Reini-

gungspersonal ist die paritätische Kommission gar beauftragt, ausgelagerte Leistungen wieder reinzuholen.

Ob diese paritätischen Kommissionen die Arbeitsbedingungen tatsächlich kontrollieren und verbessern wird oder nicht eher – in guter sozialpartnerschaftlicher Tradition – zukünftige Konflikte zu absorbieren und somit kollektive Mobilisierungen zu schwächen vermag, bleibt offen. (Red.)

Das Gesundheitspersonal mobilisiert sich weltweit. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass das Gesundheitsthema gesamtgesellschaftliche Brisanz aufweist. Doch in den letzten drei Jahrzehnten wurden auch private Investitionen getätigt, was eine neue Fraktion der Arbeiter_innenklasse entstehen liess. Das Konfliktpotential wächst.

Maurizio Coppola

Weltweite Mobilisierungen

In der letzten Ausgabe der Debatte (Nr. 19) haben wir die Mobilisierungen der englischen Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Sparmassnahmen thematisiert. Bei den grössten Protesten seit Jahrzehnten liefen Ärzte und Pflegenden an vorderster Front gegen die Privatisierung von Krankenhäusern mit. Weltweit haben sich in den letzten Wochen und Monaten mehrere Tausende im Gesundheits- und Krankenhauswesen mobilisiert.

einen Gesamtarbeitsvertrag gestreikt. Die CFM wurde 2006 als Tochtergesellschaft aus der Charité (Universitätsspital Berlin) ausgegliedert. Sie ist für die nichtmedizinischen und nichtpflegerischen Bereiche verantwortlich. 51 Prozent gehören dem Land Berlin. Der Rest wurde an private Investoren verkauft. Diese wollen mit der Gesundheit der Menschen Profite generieren und zahlten 5.50 Euro Stundenlöhne. Nach 89 Tagen Streik wurde

mokratie. Wir besetzen das öffentliche Spital und stellen es unter direkte und absolute Kontrolle. Das T.N. von Kilkis wird von nun an selbst verwaltet und die einzige Institution, die für administrative Entscheidungen zuständig sein wird, ist die Generalversammlung der Spitalarbeiter_innen.»³

Es geht hier nicht darum, eine Liste aller Kämpfe im Gesundheitssektor aufzustellen, um den «Sieg» zu verkünden. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, die breiten Mobilisierungen im Gesundheits- und Spitalwesen in ihrer Dynamik und die inneren Zusammenhänge zu verstehen. Wie können wir uns also diese Mobilisierungen «erklären»? Einerseits ist das Gesundheitswesen ein gesellschaftlich hoch brisantes Thema. Betroffen von den drakonischen Sparmassnahmen und von den Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sind nicht nur die Arbeiter_innen des Sektors selbst, sondern wir alle als (potentielle) Patient_innen. Die Organisation der Medizin und Pflege hat direkte Auswirkungen auf die Versorgungsqualität. Andererseits entsteht im gesamten Pflegesektor eine neue Fraktion der Arbeiter_innenklasse. Wo privates Kapital abwandert, werden Arbeiter_innen geschwächt, an den bevorzugten neuen Investitionsstandorten und in den neuen Investitionssektoren des privaten Kapitals werden jedoch neue Arbeitsklassen geschaffen und gestärkt.⁴ Dieser innere Widerspruch liegt in der Logik des Kapitals. Es gilt, in den nächsten Jahren den Wandel der «Produktionsorganisation» der Gesundheit und die daraus entstehenden Mobilisierungen aufmerksam zu begleiten. ♦



Patienten vor Profit! 21'000 Beschäftigte im Pflegebereich haben sich in Kalifornien (USA) mobilisiert.

Im September 2011 haben sich in Kalifornien (USA) ca. 21'000 Beschäftigte der Pflege mobilisiert. Begonnen hat die Mobilisierung bei Kaiser Permanente, dem grössten Spital-Multi der Region. 4000 Mitglieder der National Union of Healthcare Workers (nationale Gewerkschaft der Arbeiter_innen des Gesundheitssektors) starteten einen unbefristeten Streik. Daraufhin solidarisierten sich über 17'000 Pfleger_innen in Kalifornien, darunter auch Tausende aus weiteren Kaiser Spitalern im Norden der Staates. Kritisiert wurde die Unterdotierung des Pflegebereichs, die daraus entstehenden 16 bis 20-Stunden Schichten und die Unterbezahlung. Kaiser reagierte mit Streikbrechern und Einschüchterungen. Vorübergehend wurden keine Vereinbarungen gefunden und die Mobilisierung entwickelt sich weiter.¹

In Berlin haben die Beschäftigten von CFM (Charité Facility Management) Ende 2011 für

eine Vereinbarung gefunden. Ein Reiniger von CFM erklärt zum Ergebnis: «Mit gemischten Gefühlen gehe ich jetzt zurück zur Arbeit. Das Ergebnis ist für mich persönlich unbefriedigend, denn ich hatte mehr erhofft. Es gibt jetzt 8.50 Euro Mindestlohn für alle CFM-Beschäftigten. Das hilft etwa 500 Kolleg_innen – besonders die Sicherheitskräfte werden ab dem 1. Mai 2012 etwa zwei Euro mehr pro Stunde bekommen. Bei anderen Kolleg_innen aber kommt eine Lohnerhöhung von gerade mal 10 Cent. Also ich kann das nicht als einen grandiosen Sieg bezeichnen.»²

In Griechenland ist seit Anfang Februar in Kilkis (nördlich von Thessaloniki) ein Krankenhaus besetzt. Die durchgesetzten Austeritätsprogramme treffen vorwiegend die öffentlichen Dienste, dadurch kann die grundlegende Versorgung der Bevölkerung nicht garantiert werden. In ihrer Erklärung schreiben die Besetzenden: «Die Arbeiter_innen des Spitals von Kilkis beantworten diesen Totalitarismus mit De-

¹ Vgl. weitere Informationen auf <http://labornotes.org/2011/09/23000-strike-giant-california-hospital-chains>

² Vgl. weitere Informationen auf <http://cfmsolikomitee.wordpress.com/>

³ Vgl. weitere Informationen auf <http://libcom.org/blog/greek-hospital-now-under-workers-control-05022012>

⁴ Zur These der Entstehung neuer Arbeiterklassen vgl. Silver, Beverly J. (2005). *Forces of Labor. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870*. Hamburg: Assoziation A.

Vor gut zehn Jahren, am 23. Januar 2002, ist Pierre Bourdieu gestorben. Er war einer der international bekanntesten Soziolog_innen und verknüpfte seine wissenschaftliche Arbeit 40 Jahre lang mit politischen Interventionen. Dieser Beitrag beschränkt sich darauf, sein Selbstverständnis als engagierter Intellektueller zu rekonstruieren.*

Peter Streckeisen

Pierre Bourdieu und der kollektive Intellektuelle

Pierre Bourdieu war einer der weltweit bekanntesten Sozialwissenschaftler_innen. Doch der «politische Bourdieu» ist in weiten Kreisen unbekannt (unter den Studierenden, die seine akademischen Texte lesen) oder kaum verstanden (in linken Zusammenhängen, denen die Logik seiner politischen In-

terventionen fremd war). Es lohnt sich deshalb, zehn Jahre nach seinem Tod auf sein politisches Erbe zu blicken.

Pontecorvo, 1966), begann Bourdieu die algerische Gesellschaft zu erforschen. Er wollte einen spezifischen Beitrag zum Kampf für die Unabhängigkeit leisten: Es schien ihm notwendig, die algerische Gesellschaft zu kennen, um politische Ziele und Strategien für deren Zukunft zu entwickeln.

Während sich die französischen linken Intellektuellen stritten, ob das Proletariat oder die Bauernschaft dazu berufen sei, eine Führungsrolle als revolutionäre Kraft zu spielen, zeigten Bourdieus Studien, dass beide Lager sich Illusionen über das revolutionäre Subjekt machten. Eine seiner wichtigen Entdeckungen bestand darin, dass die Aneignung einer «revolutionären Perspektive» eine bestimmte Weltansicht und ein Verhältnis zur Zukunft voraussetzt, das der Bevölkerungsmehrheit Algeriens fremd war. Das algerische Subproletariat kämpfte täglich ums Überleben. Seine politischen Ansichten waren durch eine radikale Ablehnung der Kolonialherrschaft ebenso geprägt wie durch den Wunsch, traditionelle Strukturen und Alltagskulturen zu verteidigen, die in prekären Lebensumständen ein Minimum an Halt verleihen.

Eine neue Generation

Zurück in Frankreich schaffte Bourdieu den akademischen Durchbruch mit verschiedenen Untersuchungen über die Reproduktion sozialer Ungleichheiten durch das Bildungssystem und kulturelle Unterschiede zwischen sozialen Klassen, die er mit weiteren Forscher_innen (etwa Jean-Claude Passeron, Luc Boltanski oder Robert Castel) durchführte. 1975 gründete diese neue Generation kritischer Sozialwissenschaftler_innen die Zeitschrift *Actes de la Recherche en Sciences Sociales*, um sich ein kollektives und von den einschlägigen akademischen Seilschaften und politischen Einflüssen unabhängiges Publikationsorgan zu geben, das auch mit traditionellen Darstellungsformen brach: So wurden akademische Artikel neben Fotografien oder Comics sowie Forschungsskizzen veröffentlicht. Als Bourdieu 1982 zum Professor am *Collège de France* gewählt wurde, hatte er den Höhepunkt seiner akademischen Karriere erreicht.

Guter Wille reicht nicht aus

Die Untersuchungen zum Bildungssystem



Pierre Bourdieu an einer Demo von Erwerbslosen Ende der 1990er Jahre.

In Frankreich aber hatten die Intellektuellen, die den Unabhängigkeitskampf unterstützten (allen voran Jean-Paul Sartre, der 1961 das Vorwort zu Frantz Fanons Buch *Die Verdammten dieser Erde* schrieb), keine Ahnung von Algerien. Und mehr noch: Bourdieu war der Meinung, dass selbst die im Kampf gegen die Kolonialmacht engagierten algerischen Intellektuellen ihr Land oft schlecht kannten – insbesondere war ihnen das ländliche Algerien fremd, in dem die Bevölkerungsmehrheit lebte.

«Die französischen Intellektuellen hatten keine Ahnung von Algerien.»

Forschung und Revolution in Algerien

Als frisch gebackener 25jähriger Gymnasiallehrer wurde Bourdieu 1955 für den Militärdienst in Algerien eingezogen. Er blieb bis 1960 in der französischen Kolonie, welche 1962 die Unabhängigkeit erlangte. Während die Kolonialarmee in Algier die arabischen Stadtteile besetzte und die Anführer der Nationalen Befreiungsfront auslöschte (siehe den Film *Die Schlacht um Algier* von Gillo

Das erste Buch Pierre Bourdieus trägt den Titel *Sociologie de l'Algérie* – ein kleines Büchlein, mit dem er 1958 ein fortschrittliches französisches Publikum über Algerien aufklären wollte. Einige seiner ersten Aufsätze befassen sich mit den Möglichkeiten und Perspektiven einer Revolution der algeri-

Die Untersuchungen zum Bildungssystem

«So kann die Intervention der Intellektuellen soziale Kraft und der Kampf der Beherrschten intellektuelle Kraft gewinnen.»

stellten Pierre Bourdieu und sein Team ins Zentrum der Diskussionen und Kämpfe, die sich im Mai 1968 so zuspitzten, dass der Kapitalismus einen Moment lang ins Wanken geriet. Das Buch *Les Héritiers* (Die Erben) hatte 1964 viele Fragen der studentischen Protestbewegung vorweggenommen. In weiteren Publikationen zeigten Bourdieu und seine Forschungsteams auf, wie das öffentliche Bildungssystem nicht nur Ungleichheit reproduziert, sondern diese vor allem naturalisiert und legitimiert, indem der unterschiedliche Bildungserfolg als Ergebnis von Intelligenz und Fleiß unter Bedingungen, die für alle gleich sind, dargestellt und in staatlichen Bildungstiteln bescheinigt wird. Für die herrschende Klasse erfüllt das Bildungssystem unverzichtbare Dienste bei der Vererbung von Macht und der Rechtfertigung von Privilegien, gerade weil es allen zugänglich ist und sich am Prinzip der Chancengleichheit orientiert. Diese kritischen Studien legten aber auch das Augenmerk auf die Rolle der Lehrkräfte, die oft ohne es zu wollen und zu wissen zum Gegenteil dessen beitragen, was sich die meisten von ihnen wünschen – mehr Gleichheit und Gerechtigkeit. Zweifellos erkannte Pierre Bourdieu darin ein zentrales Problem, das auch die politische Arbeit betrifft. Guter Wille reicht nicht aus, um Gutes zu tun: Wenn Lehrkräfte, engagierte Intellektuelle oder politische Aktivist_innen ihre eigene Funktion und Praxis nicht kritisch mit sozialwissenschaftlichen Methoden hinterfragen,

kann ihr Handeln entgegen aller fortschrittlichen Absicht konservative Auswirkungen haben.

Mai 1968

Während den Ereignissen von 1968 riefen Pierre Bourdieu und seine Mitstreiter_innen zur Einberufung von Basisversammlungen der Lehrenden und Forschenden auf, damit das wissenschaftliche Personal der Universitäten nicht nur als mehr oder weniger wohlwollende Beobachter_innen der studentischen Bewegung dastehen, sondern sich als politischer Akteur organisieren sollte. Die Verbindung zwischen Uni- und Arbeiter_innenbewegungen schien ihnen von zentraler Bedeutung zu sein: Die Zukunft der Bildungsinstitutionen musste auch von den Menschen mitgestaltet werden können, die von diesen bislang systematisch ausgeschlossen wurden. Bourdieus politische Interventionen dieser Zeit spiegeln zwei Überzeugungen, die ihn zeitlebens prägten: Einerseits müssen sich die kritischen Intellektuellen eigenständig organisieren, um zu einer politischen Kraft zu werden. Andererseits ist eine reflektierte Solidarität mit den Angehörigen der beherrschten Klassen und den politischen Organisationen, die deren Interessen zu vertreten trachten (z.B. Gewerkschaften), notwendig. Auf diese Weise kann die Intervention der Intellektuellen soziale Kraft und der Kampf der Beherrschten intellektuelle Kraft hinzugewinnen. Die Initiativen, die Pierre Bourdieu in den letzten Lebensjahren unterstützte oder lancierte, um gegen die Herrschaft des Neoliberalis-



Der deutsche Soziologe Max Weber (1864-1920): Von linken Intellektuellen verschmäht, war er für Bourdieu einer der ersten, die die Klasseninteressen der Intellektuellen hinterfragte.

mus eine «Internationale der Intellektuellen» zu mobilisieren, spiegelten nicht den Anspruch auf eine Führungsrolle der Intellektuellen in sozialen Bewegungen, sondern den Wunsch, einen besonderen Beitrag zum politischen Kampf zu liefern. Bourdieu war überzeugt, dass dieser Beitrag umso wirksamer sein würde, als die Intellektuellen auf ihrer (partei-)politischen Unabhängigkeit beharrten.

Unabhängigkeit und Intellektuellen-Kollektiv

Pierre Bourdieu vertrat eine Vorstellung des engagierten Intellektuellen, die den in linken Zusammenhängen üblichen Modellen widersprach. Im Gegensatz zu den Intellektuellen, die sich als Weggefährten der Kommunistischen und/oder Sozialistischen Partei betrachteten oder sogar als Parteintellectuelle agierten, schreckte er nicht davor zurück, die «linken Parteien» zu kritisieren. So ergriff er

Quellen zum politischen Erbe Pierre Bourdieus

- ▶ Soziologie ist ein Kampfsport. Pierre Bourdieu im Porträt. Film von Pierre Carles, Filmedition Suhrkamp
- ▶ Politische Interventionen 1961-2000, VSA-Verlag (vier Bände)
- ▶ Das Elend der Welt, Universitätsverlag Konstanz (848 S.)
- ▶ Über das Fernsehen, Suhrkamp Verlag (139 S.)
- ▶ Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Universitätsverlag Konstanz (118 S.)

*«Die marxistische Beschwörung des revolutionären
Subjekts war ein metaphysischer Rückfall.»*

1981 mit Michel Foucault die Initiative für eine Stellungnahme, welche das Schweigen der neuen Regierungskoalition von Sozialisten und Kommunisten unter Mitterrand angesichts der militärischen Niederschlagung der Solidarnosc-Bewegung in Polen anprangerte. Im Gegensatz zur heroischen Figur eines Jean-Paul Sartre, der sich als «universeller Intellektueller» zu allen möglichen Fragen äusserte (auch wenn er nicht immer gut Bescheid wusste), propagierte Bourdieu das Modell eines kollektiven Intellektuellen bzw. eines Intellektuellen-Kollektivs, dessen Intervention auf der professionellen Arbeit der einzelnen Intellektuellen beruht und den Gefahren des Personenkults zu entgehen versucht. Gegen die in der revolutionären Linken gepflegte Vorstellung des organischen Intellektuellen definierte er die Aufgabe des engagierten Intellektuellen dadurch, nicht im Namen der Unter-

die kritisierte die marxistische Philosophie eines Louis Althusser oder Etienne Balibar, weil sie im Namen des Klassenkampfes den konservativen Glauben an die überlegene Weisheit des Philosophen, der über den Wissenschaften steht und Zugang zur Wahrheit ohne empirische Erforschung der Realität findet, reproduzierte. Da die Welt der Intellektuellen (Universität, Medien, Kunst & Politik) auf dem Ausschluss und der kulturellen und politischen Enteignung der beherrschten Klassen beruht, machen sich diejenigen, die in dieser Welt im Namen der Ausgeschlossenen sprechen, zu Kompliz_innen des Ausschlusses. Die erste Aufgabe engagierter Intellektueller bestand für Bourdieu gerade darin, diese Mechanismen der Enteignung, welche die Mehrheit der Menschen auf den Status von Empfänger_innen politischer Meinungen und Kund_innen kultureller Produkte reduziert,

schaftlicher Methoden (verstehende Interviews, soziologische Objektivierung) kommt ein «Frankreich von unten» vielstimmig zur Sprache und prangert die Politik einer Elite von Privilegierten an, die sich dem Kampf gegen vermeintliche Privilegien der einfachen Leute verschrieben hat. Ein solches Buch liefert weder Lösungen noch politische Gewissheiten, aber es macht gesellschaftliche Zustände und alltägliche Verhaltensweisen von Menschen verstehbar, mit denen sich ernsthaft auseinandersetzen muss, wer die Gesellschaft zum Besseren verändern will.

Die wirklichen Menschen als Ausgangspunkt

Denn das Elend der Welt lässt sich durch keine noch so revolutionäre Theorie und Praxis bekämpfen, die nicht bei den wirklichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen ansetzen und deren Alltagsleben verstehen. Dieser Meinung war auch schon Karl Marx, der in seiner Kritik an Hegel und Feuerbach nach den «wirklichen Menschen» suchte: Er machte die konkreten gesellschaftlichen Wesen, nicht abstrakte Menschenbilder zum Ausgangspunkt seiner Analyse des Kapitalismus und seiner politischen Theorie. Im Vergleich dazu war die marxistische Beschwörung des revolutionären Subjekts ein metaphysischer Rückfall. Den engagierten Intellektuellen stehen heute aber Forschungsmethoden zur Verfügung, von denen Marx noch keine Ahnung hatte. Nichts spricht dagegen, sie als Instrumente des politischen Kampfs einzusetzen und den Pseudo-Experten der Lakaien der herrschenden Klasse (mandatierte Expert_innen ebenso wie kollaborierende Journalist_innen und trendige Medienintellektuelle) nicht nur mit politischen, sondern auch wissenschaftlichen Argumenten zu begegnen. ♦

«Das Buch ‚La Misère du Monde‘ war Forschung und politische Intervention in einem.»

drückten zu sprechen, sondern ihre Stimme hörbar zu machen. Denn wenn der organische Intellektuelle die soziale, kulturelle und politische Kluft verleugnet oder verschweigt, die ihn objektiv von denen trennt, deren Interessen er zu vertreten behauptet, lässt er sie sprachlos und macht sie zum Objekt seiner Intervention, statt diese in den Dienst ihres politischen Kampfs zu stellen.

Bourdieu und der Marxismus

Pierre Bourdieu hatte nie Berührungsängste gegenüber dem Marxismus, aber seine Haltung gegenüber marxistischen Intellektuellen war kritisch. Er beobachtete, dass sie sich oft nur so lange revolutionär geben, wie es nicht um ihre eigenen Interessen geht. Im Gegensatz dazu würdigte er den Schriftsteller Karl Kraus oder den Soziologen Max Weber als Denker, welche die intellektuelle Welt und die Klasseninteressen der Intellektuellen grundsätzlich in Frage gestellt hatten. Bour-

zu erforschen. Dies tat er zum Beispiel durch seine Kritik der Meinungsumfragen oder des Fernsehens.

Das Elend der Welt

Als letzte konkrete Zeugnisse dieses Selbstverständnisses eines engagierten Intellektuellen stehen Pierre Bourdieus Interventionen gegen die neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft. Als er 1995 zu den streikenden Bahnarbeitern und später zu den protestierenden Erwerbslosen oder den wütenden Vorstadtjugendlichen ging, ergriff er nicht in deren Namen das Wort, sondern tat als Soziologe sein Verständnis und seine Unterstützung kund und wollte zugleich Erkenntnisse der Forschung dem politischen Kampf zur Verfügung stellen. Das 1993 veröffentlichte Buch *La Misère du Monde*, über Tausend Seiten stark und mehrere Zehntausend mal verkauft, war Forschung und Intervention in einem: Durch den Einsatz sozialwissen-

** Aus diesem Grund gehe ich nicht auf zentrale Theorien und Begriffe des soziologischen Werks Bourdieus ein und führe auch nicht meine eigenen, in manchen Punkten durchaus kritischen Ansichten dazu aus (P.S.).*

Im Kampf gegen die syrische Diktatur wird die Frage einer ausländischen Militärintervention gestellt. Der linke Nahostexperte Gilbert Achcar, der sich im Falle Libyens nicht gegen eine solche Intervention ausgesprochen hatte, erklärt in diesem Beitrag, warum dies in Syrien ein verheerendes Szenario wäre. (Red.)

Gilbert Achcar*

Syrien ist nicht Libyen

Wie die grosse Bevölkerungsmehrheit in der arabischen Welt hatte ich Verständnis dafür, dass die Aufständischen in Libyen sich dazu gedrängt sahen, ausländische Hilfe anzurufen, um ein umfassendes Massaker zu verhindern. Das hätte geschehen können, wenn Gaddafis Truppen die Hochburgen des Aufstands wie Benghazi oder Misrata gestürmt hätten.

reits um Aufträge zum Wiederaufbau, bevor Gaddafi gefallen war) zerstörten. Die westlichen Mächte weigerten sich, die Aufständischen mit den geforderten Waffen zu versorgen, damit diese selbst die Befreiung des Landes ohne weitere ausländische Eingriffe vorantreiben konnten. Erst in der letzten Phase der Kämpfe haben dann Frankreich und Katar Waffen geliefert.

umso mehr, als es in den durch die Aufständischen kontrollierten Gebieten kaum Anhänger des Regimes gab. Deshalb setzte das Regime auf die Luftwaffe, um den Aufstand niederzuschlagen. Die ausländische Intervention in der Luft war sehr wirksam, um die aufständischen Gebiete zu schützen und die Bewegungsfreiheit der Regimetruppen ausserhalb der Städte zu beeinträchtigen. Die Zahl der zivilen Opfer blieb relativ gering. Im Gegensatz dazu hat Syrien eine viel höhere Siedlungsdichte. Ausserdem sind Gegner und Anhänger des Regimes durchmischt, was das Regime davon abhält, im grossen Stil die Luftwaffe einzusetzen. Eine Flugverbotszone über Syrien im engeren Sinn des Wortes hätte keine grosse Wirkung. Würde aber wie in Libyen ein umfassender Luftkrieg gegen das Regime geführt, wären die Auswirkungen (Todesopfer und Zerstörungen) verheerend. Weil die Verteidigungskapazitäten der syrischen Armee viel grösser sind als jene von Gaddafis Truppen, würde der Krieg viel umfangreicher und intensiver werden als in Libyen. Hinzu kommt die Tatsache, dass das syrische Regime viel weniger isoliert ist als es Gaddafi war. Jede ausländische Militärintervention in Syrien würde die ganze Region in Flammen setzen.



Die Bevölkerung Syriens begehrt auf.

Der Preis für die Intervention in Libyen

Doch die Militärintervention der NATO erforderte einen hohen Preis. Er bestand vor allem daraus, dass die intervenierenden Mächte versuchten, anstelle der libyschen Aufständischen die wichtigen Entscheidungen zu fällen. Sie beschränkten sich nicht darauf, Gaddafis Angriff auf die Hochburgen des Aufstands und den Einsatz seiner Luftwaffe zu verhindern. Sie gingen viel weiter, indem sie die libysche Luftwaffe (westliche Staaten wie Grossbritannien und Frankreich planten bereits, nach Gaddafis Sturz neue Waffen nach Libyen zu verkaufen) sowie beträchtliche Teile der Infrastrukturen und offiziellen Gebäude (westliche Regierungen und die Türkei kämpften be-

Dennoch herrscht der Eindruck vor, dass die ausländische Intervention die Zerschlagung des libyschen Aufstands verhindert hat, und damit vielleicht auch das Ende des revolutionären Prozesses in der gesamten arabischen Welt.

Die Gefahr einer Intervention in Syrien

Wer aber denkt, dass sich das libysche Szenario in Syrien wiederholen lässt, irrt sich gewaltig. Die militärische Situation in Syrien ist ganz anders als damals in Libyen. Libyens Geografie zeichnet sich dadurch aus, dass die Städte durch weite praktisch unbewohnte Flächen voneinander getrennt sind. Unter solchen Bedingungen wird die Luftwaffe zum entscheidenden Faktor. Dies gilt

Die Rolle der Armee in Libyen und Ägypten

Der Sturz eines Regimes ist immer ein strategisches Ziel, das je nach Situation und Land mit unterschiedlichen Mitteln angestrebt werden muss. Die Strategie hängt davon ab, wie das Regime aussieht, das die Revolutionäre zu Fall bringen wollen. Betrachten wir zum Beispiel die Unterschiede zwischen Libyen und Ägypten. In Ägypten ist und bleibt die reguläre Armee das Rückgrat des Regimes. Mubaraks Macht ging von der Armee aus und beruhte auf der Armee, aber die Armee «gehörte» ihm nicht. Dies brachte die Aufständischen zum Versuch, die Armee zu neutralisieren, um den Diktator zu stürzen. Diese Strategie war erfolgreich, schürte aber zugleich Illusionen

«Eine direkte Militärintervention in Syrien würde die Soldaten davon überzeugen, dass das Regime in Bezug auf die angebliche ausländische Verschwörung doch Recht hatte.»

in der Bevölkerung über die Armee: Sie wurde als Einrichtung betrachtet, deren Spitze sich selbstlos in den Dienst der Bevölkerung stellen würde. Dies führte zu einer unvollständigen Revolution in Ägypten: In diesem Land gibt es heute mindestens soviel Kontinuität wie Veränderungen im Vergleich zur Vergangenheit.

In Libyen hingegen hatte Gaddafi die Armee aufgelöst und die Streitkräfte in der Form von Brigaden neu organisiert, die mit verschiedenen Mitteln (Clans, Familienbeziehungen und Finanzflüsse) an seine Person gebunden waren. Deshalb war es unmöglich, auf die Neutralität der Militärs zu hoffen oder sogar einen Teil der Streitkräfte für den Aufstand zu gewinnen. Der Weg zum Sturz des Regimes musste zwangsläufig über eine Niederlage von dessen Streitkräften führen, ein Krieg war unvermeidlich. Weil die militärischen Kräfteverhältnisse zwischen Gaddafis Truppen und den unbewaffneten Rebellen so einseitig ausfielen, war eine ausländische Intervention unumgänglich: entweder durch Bewaffnung der Aufständischen (das beste Szenario) oder durch Teilnahme ausländischer Kräfte am Kampf, sei es mit Bodentruppen (das schlimmste Szenario) oder durch Bombenangriffe ohne Invasion, wie es letztendlich geschah. Als Ergebnis davon ist der Bruch in Libyen viel tiefgreifender als in Ägypten. Die Institutionen von Gaddafis Regime sind zusammengebrochen und heute ist Libyen ein Land ohne Staat. Es gibt hier keinen Apparat mehr, der den Einsatz militärischer Gewalt monopolisiert, und niemand weiss, wann erneut ein Staat in Libyen entstehen und wie dieser aussehen wird.

Spezialtruppen und reguläre Armee in Syrien

Wie passt nun Syrien zu diesen strategischen Überlegungen? Es handelt sich um einen Fall, der irgendwie zwischen Libyen und Ägypten liegt. Wie in Libyen hat sich das Regime mit Spezialtruppen umgeben, die über Familienbeziehungen, Zugehörigkeit zu religiösen Gemeinschaften oder Privilegien

mit der Herrscherfamilie verbunden sind. Diese Truppen müssen besiegt werden, damit das Regime zum Sturz gebracht werden kann.

Doch weil Israel einen Teil seines Territoriums besetzt hält, hat Syrien im Gegensatz zu Libyen auch eine reguläre Armee, die auf der allgemeinen Dienstpflicht junger Männer beruht. Die Soldaten und Offiziere – abgesehen von den ranghohen Militärs – dieser Armee sind ein Abbild der syrischen Bevölkerung, aus der sie sich rekrutiert. Eines der wichtigsten Ziele der revolutionären Strategie in Syrien muss deshalb daraus bestehen, in den Rängen der Armee Anhänger der Revolution zu finden.

Strategische Herausforderungen

Eine direkte Militärintervention in Syrien würde die Soldaten überzeugen, dass das Regime doch Recht hatte mit der seit Beginn des Aufstands vorgetragenen Behauptung, es sei mit einer «ausländischen Verschwörung» konfrontiert, die das Land zu unterwerfen trachte. Wäre der syrische Aufstand von einer strategisch denkenden Gruppe angeführt worden (hier sehen wir die Grenzen der «Facebook-Revolutionen»), dann wäre versucht worden, oppositionelle Netzwerke in der Armee zu verbreiten und die Soldaten aufzurufen, nicht einzeln oder in kleinen Gruppen, sondern in möglichst grosser Zahl zu desertieren. Da es keine solche Führung und keine klare Strategie gab, haben Soldaten und Offiziere begonnen, auf eigene Faust und unorganisiert zu desertieren. Die Zahl der Deserteure hat in den letzten zwei Monaten zugenommen und steigt weiter an. Die politische Opposition wusste nicht viel mit den Deserteuren anzufangen: Teilweise wurden sie dafür kritisiert, den Aufstand vom Weg des friedlichen Protests abzubringen; teilweise wurden sie begrüsst aber gleichzei-

tig dazu aufgerufen, ihre Waffen nicht gegen das Regime zu richten. Das ist eine selbst-



«Bashar, hau ab!»

mörderische Position, welche die Deserteure zu Recht ablehnen.

Die strategische Aufgabe, syrische Soldaten für die Sache der Revolution zu gewinnen, darf nicht zum Hindernis für die Massendemonstrationen und deren friedlichen Charakter werden. Der friedliche Charakter der Massendemonstrationen war und bleibt eine wichtige Grundlage der Stärke der Bewegung und der Massenbeteiligung an den Protesten, die auch Frauen einschliesst. Diese Dynamik wiederum ist ein entscheidender Faktor, der Soldaten dazu bringt, sich gegen das Regime zu wenden. Die grösste strategische Herausforderung in Syrien besteht deshalb daraus, die friedlichen Massendemonstrationen mit einer Ausweitung des militärischen Widerstands und mit bewaffneten Auseinandersetzungen zu verbinden, ohne die das Regime niemals fallen wird. ♦

* *Stark gekürzte Übersetzung von Syria: Militarization, Military Intervention and the Absence of Strategy (20. November 2011), abgerufen auf <http://www.zcommunications.org/syria-militarization-military-intervention-and-the-absence-of-strategy-by-gilbert-achcar>. Achcars Text spiegelt seine Intervention am Treffen der syrischen Opposition in Schweden am 8.-9. Oktober 2011. Die Zwischentitel wurden von der Redaktion eingesetzt.*

Im Jahr 2006 erhielt Muhammad Yunus, der Gründer und ehemalige Geschäftsführer der auf Mikrofinanzgeschäfte spezialisierten Grameen-Bank, den Friedensnobelpreis. Der kritische Journalist Gerhard Klas nimmt in seinem neusten Buch den Mythos der Mikrokredite als Heilmittel zur Armutsbekämpfung auseinander und zeigt auf, wie die Banken heute mit den Armen Geld verdienen.

Anika Thym

Mikrokredite als soziale Ausbeutung

Gemäss dem Motto «**Dichtung und Wahrheit**» zerlegt Gerhard Klas die Mikrofinanz-Industrie (MFI) in ihre Einzelteile und entlarvt sie als Mythos, sowie deren Diskurs der Armutsbekämpfung als bloße Rhetorik. Anhand vieler Beispiele und aus verschiedenen Perspektiven ergibt sich ein Bild der MFI als neoliberale Ausbeutungswerkzeug. Im Visier der Kritik stehen vor allem die EU und die USA, sowie die von ihnen dominierten IFO.¹ Der Fokus wird im Gegensatz zum Mainstream-Diskurs auf die konkrete Situation der betroffenen Kreditnehmerinnen gerichtet. Klas überprüft den Glaubenssatz «Durch Mikrokredite zum Kleinunternehmer» auf seine soziale Wirksamkeit und geht der Frage nach, warum sich das Bild der glücklich lächelnden Kreditnehmerinnen in bunten Saris so lange unhinterfragt halten konnte. Dazu führte er eine Feldrecherche in Bangladesch, dem Herkunftsland von Muhammad Yunus durch, wobei er Kontakt zur staatlichen Regulierungsbehörde MRA, Kleinbauern- und Frauenorganisationen, WissenschaftlerInnen, unabhängigen NGOs, ehemaligen Grameen-Mitarbeitern und vor allem Kreditnehmerinnen aufnahm.

Dichtung: Barmherzigkeit ist endlich – Business ist unbegrenzt

Geht es um Mikrofinanz und Armutsbekämpfung, ziehen neuerdings vermeintlich antagonistische Kräfte an einem Strang: NGOs, Regierungen, Kirchgemeinden, Wissenschaftler_innen, Globalisierungskritiker_innen, die Deutsche Bank, etc. Es eint sie die Überzeugung, dass der Kapitalismus für die Armen funktioniert, wobei Mikrofinanz als ideologiefreies Konzept verkauft wird, das ganz pragmatisch auf das Ziel der «Armutsbekämpfung» ausgerichtet sei. So meint Yunus: «In den Vereinigten Staaten sah ich, dass die Marktwirtschaft das Indivi-

duum befreit und ihm gestattet, seine persönliche Wahl zu treffen.» (S. 262) Er ist der Überzeugung, dass die Armen vom globalen Freihandel profitieren würden. Lobenswert an der MFI ist laut Yunus, dass das finanzielle Apartheidsystem abgebaut wird, indem Kredite als Menschenrecht für alle gewährt werden. Die Armen zahlen die Kredite zurück, weil sie wissen, dass dies der einzige

der (westlichen) Öffentlichkeit verschaffen. Ihr Handeln steht im Einklang mit den Strategien der Weltbank und des IWF, die Bangladesch seit dem Putsch von 1975 fest im Griff haben. Wie viele Länder des globalen Südens ist das Land mit knapp 24 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet. Mehr als 20 Milliarden davon sind Schulden bei bilateralen und multinationalen Geldgebern, vor



Die Vergabe von Mikrokrediten an Arme kann zu extremen Abhängigkeitsverhältnissen führen.

Ausweg aus der Armut ist. Durch Mikrokredite können Menschen die Mauern einreisen, die sie umgeben – so lautet die Botschaft.

Wahrheit: Geld verdienen und Gutes tun?

Yunus propagiert das Konzept des «Social Business» und arbeitete mit Konzernen wie BASF, Monsanto, Danone und Adidas zusammen. Laut Klas wollen sie den Eindruck erwecken, dass sich auch die in westlichen Ländern angesiedelten Konzerne an der Armutsbekämpfung beteiligen. Die bisherigen Projekte lassen jedoch eher den Schluss zu, dass es sich um Strategien zur Eroberung neuer Märkte handelt, die den beteiligten Konzernen auch noch einen Imagegewinn in

allem bei der Weltbank und dem IWF. Die NGO-MFIs funktionieren als Teil der Privatisierungsstrategie der Weltbank und anderen internationalen Organisationen.. Ein Fünftel der Bewohner_innen, 30 Millionen Menschen sind heute Schuldner_innen bei einer MFI.

Konkrete Situation der Mikrofinanz-Mitarbeiter in Bangladesch

Mitarbeiter_innen der Mikrofinanz-Banken müssen im Durchschnitt über 400 Schuldnerinnen betreuen, obwohl Untersuchungen ergaben, dass erfahrene Angestellte maximal **300 Fälle bearbeiten können**. Die individuellen Bedürfnisse der Kreditnehmerinnen spielen keine Rolle, es zählt allein die Rendite für die Anleger.

«Armut ist ein konstitutiver Bestandteil des Kapitalismus, kein Kollateralschaden.»

Konkrete Situation der Kreditnehmerinnen in Bangladesch

Es besteht folglich in diesem hierarchischen Gefüge ein Druck der Anleger auf die Angestellten, sowie der Angestellten auf die Kreditnehmerinnen. Häufig besteht noch ein weiteres Zwischenglied: Da die Grameen Bank ihre Kredite oft relativ wohlhabenden Menschen anvertraut, verleihen diese die Kredite weiter. Tatsächlich erzielen Schuldnerinnen dadurch die höchsten Gewinne. Ebenfalls lukrativ sind Kleinhandel und Geschäfte mit Fahrradrickschas. Landwirtschaft ist praktisch nicht rentabel. Kredite werden hier meist nur aufgrund von Katastrophen (z.B. Krankheit) überhaupt aufgenommen und münden häufig in Landverlust oder Enteignung. Seit Grameen II² muss zudem eine Risikolebensversicherung abgeschlossen werden, die im Falle des Todes der Schuldnerin die ausstehenden Ratenzahlungen abdecken soll.

Vom Nutzen der patriarchalen Strukturen

Die patriarchalen Strukturen in Bangladesch werden von den MFI schamlos ausgenutzt. Frauen werden Männern als Kreditnehmerinnen bevorzugt, da auf sie ein höherer sozialer Druck ausgeübt werden kann. Erstens werden Frauen in Bangladesch bei Zahlungsunfähigkeit nicht nur von der Schuldnerinnengruppe, sondern auch vom Dorf ausgeschlossen. Im Gegensatz zu Männern haben sie aber keine Chance in einer anderen Gemeinde oder einem Slum in einer Grossstadt aufgenommen zu werden. Zweitens fällt die Verantwortung gegenüber der Familie stärker ins Gewicht.

Auswirkungen der Mikrofinanz-Industrie auf das Zusammenleben

Durch verschiedene Berichte macht Klas deutlich, dass Frauen in den Dörfern vor dem Mikrokredit-Alltag meist gute Beziehungen pflegten: Sie tauschten Probleme

aus und halfen einander. Eine Kleinbäuerin beschreibt: «Jetzt, mit dem vielen Geld, gibt es oft Streit. Wenn eine Frau ihre Raten nicht bezahlen kann, meidet sie den Kontakt zu den anderen, weil sie Angst hat» (134). Um einen Kredit aufzunehmen, müssen sich fünf Frauen zusammen schliessen und füreinander bürgen. So werden die Frauen strukturell zu Konkurrentinnen, die einander potenziell ihre Existenz bedrohen. Es gibt zahlreiche Geschichten, in denen zahlungsunfähige Kreditnehmerinnen (meist aufgrund von Ernteausfällen, Unfällen oder Krankheit) sozial sanktioniert werden. Dies reicht von Haare ausreissen über Wellblechhäuser abbauen und verkaufen bis zu immer mehr Selbstmorden.

Mikrokredite als Mittel zur Entpolitisierung der Armen

Abschliessend lässt sich sagen, dass die behauptete Armutsreduktion durch die Mikrofinanz und die Realität in einem deutlichen Widerspruch stehen. Dem Ansatz der Mikrofinanz liegt die Annahme zugrunde, dass marktwirtschaftliche Mittel Armut bekämpfen könnten. Jedoch ist «die Armut ein konstitutiver Bestandteil des Kapitalismus – und nicht etwa ein Kollateralschaden», wie Klas festhält.

(S. 312) So dienen die Mikrokredite der Ausbeutung der Armen, indem sie deren strukturelle Position ausnutzen und diese sogar verschlimmern. Im Endeffekt sollen die Armen – so das Kalkül – keine kollektive Bedrohung mehr für den Kapitalismus darstellen, sondern ihre persönliche Rettung mit

Hilfe marktwirtschaftlicher Methoden erhoffen. Klas schliesst sein Buch mit folgenden Worten: «Mit Mikrofinanz die Armut zu bekämpfen, ist wie mit Waffenexporten Krieg zu verhindern. Beide Mittel stehen im Widerspruch zu den Zielen, die sie angeblich erreichen wollen. Sie behindern sogar die notwendigen Schritte, um diese Geisseln der Menschheit zu überwinden. Die MFI macht die Armen zu Objekten ihrer betriebswirtschaftlichen Kalkulationen, zum Gegenstand der Profitmaximierung für Investoren. Eine Befreiung aus der Armut wird es aber nur dann geben, wenn die Armen selbst die handelnden Subjekte sind und den Profiteuren die Verfügungsgewalt über ihr Leben entreissen.» ♦

1 Internationale Finanzorganisationen: Überbegriff für Weltbank, Internationalen Währungsfonds und ihnen angeschlossene Banken und Institute.

2 Grameen II entstand während der jüngsten Finanzkrise und beinhaltet Regelungen, die den Profit steigern und Krisenprävention leisten sollen. Dazu gehört unter Anderem ein Belohnungssystem für die Angestellten. Für bestimmte Leistungen werden farbige Sterne verteilt, die sich die Menschen auf die Kleidung pinnen können. 100% Rückzahlungsrate (grün), Gewinnbringend (blau), Kreditnehmerinnen sind über Armutsrate (rot), Gewinn höher als ausstehende Schulden (lila), Schulbusch der Kinder (braun) (vgl. <http://www.grameen.com/>, August 2011).



Das Buch

Klas, Gerhard: Die Mikrofinanz-Industrie. Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut. Hamburg/Berlin. Assoziation A 2011. 320 Seiten. ISBN: 978-3-86241-401-7. Preis: **19.80 €**. Der Verfasser ist Mitglied des Rheinischen JournalistInnenbüros in Köln.

Um 1900 wurde die «Dienstbotenfrage» lebhaft diskutiert. Von der bürgerlichen Seite wurde der Mangel an guten Dienstmädchen beklagt, während von Sozialreformern und Sozialdemokraten die Lage der Dienstmädchen als Teil der sozialen Frage diskutiert wurde. Die genauere Betrachtung der Dienstbotenfrage zu Beginn des 20. Jahrhunderts kann bei der heute wichtigen Diskussion um die «Hausarbeiterinnen» des 21. Jahrhunderts behilflich sein.

Annette Erzinger

Dienstbotenunruhen

«Wir begrüßen es auf das Freudigste, dass eine der am meisten ausgebeuteten, getretenen und geknechteten Schichten des weiblichen Proletariats zum Bewusstsein ihrer traurigen Lage zu erwachen beginnt, sich wider das ihr auferlegte Elend empört und den Kampf für eine ernste Besserstellung solidarisch aufnimmt.» Mit diesen Worten begrüßte die *Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, die Gleichheit* von Klara Zetkin die Versammlungen der Dienstboten in Berlin im Sommer 1899. Die Dienstmädchen waren zu dieser Zeit eine der grössten Gruppen der weiblichen Lohnabhängigen. Die meisten von ihnen arbeiteten als einzige Angestellte in einem bürgerlichen Haushalt.

Arbeit im bürgerlichen Privathaushalt

Der bürgerliche Lebensstil wurde insbesondere vom mittleren Bürgertum zelebriert, um sich klar gegen untere Schichten der Bevölkerung abzugrenzen. Viele definierten über den standesgemässen Lebensstil ihre Klassenzugehörigkeit, obwohl die finanziellen Mittel dafür nur knapp reichten. Das Dienstmädchen war für den bürgerlichen Lebensstil unerlässlich. So hatten um 1900 ungefähr zwanzig Prozent der Haushalte in Berlin ein Dienstmädchen eingestellt. Dieses hatte die Hausfrau von der schweren körperlichen Arbeit zu befreien und jederzeit zur Verfügung zu stehen. Die Hausfrau hatte immer gepflegt auszusehen und musste jederzeit bereit sein, spontane Gäste zu empfangen. Die Wohnung oder das Haus musste immer eine ruhige Behaglichkeit ausströmen und niemand sollte merken, dass da gearbeitet wurde. Da die Ehefrau in dieser Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nicht mehr zum Familieneinkommen beitragen durfte, war eine ihrer wichtigsten Aufgaben die Reprä-

sentation. Die Hausarbeit zu dieser Zeit war jedoch mit grosser körperlicher Anstrengung verbunden und ein Hausmädchen konnte sie nicht alleine verrichten. Die meisten Haus-

Essen bekamen. Weiter war die Unterkunft der Mädchen oft sehr schlecht, sie schliefen zum Beispiel auf Hängeböden, welche in der Küche oder im Bad unter der Decke befestigt wurden.



Dienstbotenunruhen

In den Versammlungen der Dienstboten im Sommer 1899 meldeten sich die Dienstmädchen zu Wort und machten auf ihre Arbeitsbedingungen aufmerksam. Sie forderten mehr Freizeit als alle zwei Wochen ein paar Stunden und sie forderten die Abschaffung der Gesindeordnung, die das Arbeitsverhältnis der Dienstboten als einziges Arbeitsverhältnis nicht im Gewerbebereich, sondern im Polizeirecht regelte. Die Hausfrauen und die bürgerliche Presse reagierten mit Spott, Hohn und mit Drohungen. Und auch wenn die Versammlungen der Dienstmädchen keine Fortsetzung fanden, so war doch das Thema nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Es wurden Erhebungen zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Dienstmädchen erstellt, Zeitungsartikel, Broschüren und Bücher zum Thema der Dienstbotenfrage geschrieben. Die Dienstmädchen kamen aber meistens nicht mehr zu Wort. Ob gegen sie oder für sie geschrieben wurde, es wurde über sie geschrieben und nicht von ihnen selbst.

Klassenkampf?

Obwohl Klara Zetkins *Gleichheit* die Dienstbotenbewegung «als Teil der revolutionären Kampfbewegung des Proletariats für die Befreiung der Arbeit» begrüßte, waren die Versammlungen der Dienstboten nicht langfristig. Die Dienstmädchen traten weder den Gewerkschaften noch dem sozialdemokratischen Verein für die Interessen der Hausangestellten massenhaft bei. Dies, obwohl die

«...dass Führer der [Dienstboten-] Bewegung in kindlich-naiven Harmonieträumereien schwelgen, dass sie den sozialdemokratischen Tendenzen den Krieg erklären, dass die Dienstboten selbst noch unklar und verworren über ihre Lage und die zu erstrebenden Ziele denken.»

Sozialdemokraten die Einzigen waren, welche auch im Reichstag für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Dienstmädchen eintraten. Waren die alten Vorurteile der Sozialdemokratie und Gewerkschaften vielleicht doch wahr und die Dienstmädchen nicht organisierbar? Waren sie wirklich so chaotisch, wie die Versammlungen beschrieben wurden? War die «Harmonieduselei», die im Artikel von Klara Zetkin den Dienstmädchen vorgeworfen wurde, der Grund, warum der Kampf gegen die Unterdrückung nicht fortgeführt wurde? Waren die Dienstmädchen doch kleinbürgerlich orientiert, wie viele in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie annahmen?

Die Isolation der Dienstmädchen, die Arbeitszeiten, welche rund um die Uhr dauerten und das Streik- und Koalitionsverbot waren bestimmt wichtige Hintergründe, warum es für die Dienstmädchen schwierig war, sich zu organisieren. Aber es gab auch andere Gründe. Die Dienstmädchen Berlins hatten andere Strategien des Widerstands als die gewerkschaftliche Organisation, diese passten aber nicht in das Bild des Klassenkampfes der Sozialdemokraten und wurden daher auch nicht als Widerstand wahrgenommen.

Die Dienstmädchen Berlins wechselten durchschnittlich alle sechs bis neun Monate ihre Stelle. Durch die hohe Fluktuation und den Nachfrageüberschuss konnten die jungen Frauen Stellen, welche ihnen gar nicht entsprachen, schnell wieder verlassen. Durch die kurze Anstellungsdauer entzogen sie sich überbordenden Anforderungen seitens der Dienstherr_innen und weichten auch die Abhängigkeit etwas auf. Um den geringen Lohn etwas aufzubessern, war der «Marktgroschen» eine übliche Praxis: Die Marktverkäufer stellten den Dienstmädchen aufgerundete Quittungen aus, wobei der Rundungsbetrag an die Dienstmädchen ging. Von vielen Dienstherr_innen gefürchtet war auch der Tratsch und Klatsch der Dienstangestellten, hatten sie doch Einblick in das Privateste der bürgerlichen Familien und konnten durch das Streuen von Gerüch-

ten dem Ruf der Familie entscheidend schaden. Mit solchen und ähnlichen Strategien versuchten die Dienstmädchen sich Spielräume und Entscheidungsmacht zu verschaffen. Die Lebensbedingungen der Dienstmädchen wurden dadurch nicht massgeblich verbessert und es fanden auch keine kollektiven Aktionen mit diesem Ziel statt. Es waren individuelle Reaktionen auf konkrete Situationen, diese wurden aber massenhaft praktiziert und hatten so auch eine gewisse Schlagkraft.

Mädchen vom Land

Ein weiterer wichtiger Grund, warum sich die Dienstmädchen nicht kollektiv für ihre Interessen einsetzten war, dass das Dienstmädchendasein selbst eine Strategie darstellte. Der grösste Teil der Berliner Dienstmädchen kam nicht ursprünglich aus Berlin. Die zum Teil erst 15-jährigen Mädchen entstammten landwirtschaftlich geprägten Regionen und erhofften sich in der Stadt ein besseres Leben. Der Weg, ihre Familie zu verlassen und sich in der Stadt zu integrieren, führte über die Arbeit in einer Familie, wo Kost, Logis und das soziale Gefüge gesichert waren.

Viele der Dienstmädchen verliessen schon nach ungefähr fünf Jahren den Beruf. Viele heirateten und arbeiteten weiter in Haushal-

ten, wohnten aber aufgrund der eigenen Familie nicht mehr bei den Arbeitgeber_innen und hatten so mehr Freiheiten und weniger lange Arbeitszeiten. Es gab aber auch jene, die in die Textilindustrie wechselten oder in den Dienstleistungssektor, wo sie als Hilfskraft bei einem Metzger oder Bäcker arbeiteten. In diesen Berufen konnten die jungen Frauen stärker über ihre Zeit verfügen, als es bei Dienstmädchen der Fall war. Zudem wohnten sie nicht mehr in einer Familie, welche ihnen vorschrieb, wie sie sich zu verhalten hätten.

Dienstmädchen des 21. Jahrhunderts

In der heutigen Debatte um die Hausangestellten stellen sich teilweise ähnliche Fragen wie vor hundert Jahren. Die Unsichtbarkeit und Isolation der Arbeitskräfte in Privathaushalten erschwert kollektive Strategien stark. Wie damals sind auch heute die Frauen, welche Haus- oder Pflegearbeit als Lohnarbeit leisten, meist Migrantinnen. Heute stellt sich hier die zusätzliche Frage der Illegalisierung dieser Frauen. Und im Unterschied zur Arbeiterbewegung der damaligen Zeit sollte Solidarität mit den Hausangestellten heute ihre eigenen Strategien berücksichtigen und die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen. ♦

Zum Weiterlesen...

- ▶ Braun, Lily: Die Frauenfrage. Ihre geschichtliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite. Nachdr. d. 1901 im Verl. Hirzel, Leipzig erschienenen 1. Aufl. Berlin, Bonn: Dietz 1979.
- ▶ Lejeune, Else: Zur Dienstbotenfrage. Eine Hausfrau an ihre Schwestern. Berlin: Hermann Walther 1897.
- ▶ Schmidt, Dorothea: Eine Welt für sich? Dienstmädchen um 1900 und die widersprüchliche Modernisierung weiblicher Erwerbsarbeit. In: Welt-

markt Privathaushalt: Bezahlte Hausarbeit im globalen Wandel. Hrsg. Claudia Gather. Münster: Westfälisches Dampfboot 2002, S. 204-222.

- ▶ Walser, Karin: Dienstmädchen. Frauenarbeit und Weiblichkeitsbilder um 1900. Frankfurt a.M.: Extrabuch 1985.
- ▶ Zetkin, Klara: Zur Dienstbotenbewegung. In: Die Gleichheit 9 (16. August 1899). S. 129-131.

An der jährlichen Anti-WEF Veranstaltung «Tour de Lorraine» in Bern fanden verschiedene Diskussionsrunden mit dem Historiker und Sozialforscher Karl Heinz Roth statt. Dieser Beitrag konzentriert sich auf Gegenperspektiven auf die globale Krise.

Tina Bopp und Germaine Spoerri

Aneignen und Verstetigen

Der folgende Artikel befasst sich mit einer groben Rekonstruktion dessen, was Roth als Prozesse sozialer (Wieder)Aneignung beschreibt. Es geht darum eigene Wege zu

Arbeitsverhältnisse und extremer gesellschaftlicher Verarmung bei radikalisierten Versuchen zur Rekonstruktion des Kapitalzyklus. Es gilt, in derartigen Krisen Wie-

Von dem, was wir unmittelbar haben und von wo aus wir einen Prozess der Transformation der Gesellschaft vorantreiben können. Beispiele alternativer Ökonomien sind Landkommunen, Produktionsgenossenschaften, Mieter_innenvereine und Kooperativen. Es sind Instrumente, die bei Verschlechterung der Situation den Erhalt würdiger Lebenskontexte garantieren.

Auf sich selbst beschränkt führt diese lokal-kommunale Ebene der alternativen Ökonomien jedoch zu Isolation und einem Verharren in begrenzten sowie begrenzenden Konzepten wie Subsistenzökonomie, Armut und Prekarität. Deshalb muss sie mit einem zweiten Prozess verknüpft werden, nämlich der sozialen Wiederaneignung auf regional-transnationaler Ebene. Kerngedanke dabei ist die Verstetigung und Konkretisierung temporärer Freiräume und Räume des Widerstands. Roth beschreibt Massenkämpfe für und um Wohnraum, etwa Mieter_innenstreiks, Quartiers- oder Wohnraumbesetzungen. Derzeit sind diese Formen symbolischer Aneignung oftmals lediglich eine temporäre Blockierung des Systems und der Kapitalflüsse. Deshalb müssen Prozesse auf dieser zweiten Ebene konkret verstetigt werden. Konkret heisst hier, dass Akteur_innen den Prozess der Verstetigung kollektiv in die Hand nehmen und dadurch Prozesse direkt-demokratisch bestimmter Selbstverwaltung ins Rollen bringen. Dies, so Roth, ist der Bruchpunkt zur Transformation.

Verstetigung und Konkretisierung

Bei der Verstetigung und Konkretisierung dieser Wiederaneignungsprozesse geht es um drei Punkte: Erstens um die Aneignung der Produktions- und Reproduktionsmittel der Gesellschaft, wobei nicht nur Fabriken, sondern auch das Gesundheitswesen, die Sozialsysteme und die Kommunalverwaltung inklusive Finanzwesen gemeint sind. So wäre eine Selbstbestimmung der Sozialfonds möglich, die eine selbstverwaltete Kommune etablieren muss – um beispiels-



Traktoren der Anti-Atom-müll-Demonstranten in Dannenberg.

entwickeln, die auf bereits gemachte politische Erfahrungen zurückgreifen. Diese sollen wir als Impulse verstehen, die uns befähigen Chancen auszuloten, die konkret umsetzbar sind und trotzdem die Perspektive einer sozialrevolutionären Transformation nicht aus den Augen verlieren. Dies erscheint uns fruchtbar in Zeiten, in denen die Krise zwar in aller Munde ist, Gegenmodelle jedoch niemand anzudenken wagt. Die Linke ist zersplittert und Gefangene der eigenen Geschichte – wie kann sie notwendige und mutige Schritte nach vorne machen? Gegenmodelle haben wir bitter nötig, um Denkprozesse hinsichtlich einer vollumfänglichen Transformation der Gesellschaft voranzubringen. Sie bieten Perspektiven an und stellen soziale Sicherungen ins Zentrum, damit die Menschen in Zeiten der Krise nicht zur Rechten wegtreiben.

Der Eintritt in eine lange Depression, so die These von Roth, beinhaltet eine Phase verminderten wirtschaftlichen Wachstums, erhöhter Arbeitslosigkeit, strategischer Unterbeschäftigung, zunehmender prekärer

deraneignungsprozesse auf verschiedenen Ebenen zu koordinieren und diese mit Lernprozessen aus vergangenen Kämpfen zu verknüpfen.

Lokal-kommunale und regional-transnationale Ebenen

Von welchem Punkt aus wir die Diskussion starten ist entscheidend. Natürlich sind Diskussionen über weltweite Assoziationen wichtig, selbstverständlich dürfen globale Schnittstellen keinesfalls aus dem Blickwinkel geraten. Doch besteht dabei die Gefahr, dass das Ansetzen an der eigenen Situation zu kurz kommt, wenn nicht gleich wegfällt. Das vorgeschlagene Gegenmodell ist deshalb auf lokal-kommunaler ebenso wie auf regional-transnationaler Ebene angelegt. Die erste Ebene beschreibt die lokale Konstellation der alternativen Ökonomie im Sinne von Kropotkins «gegenseitiger Hilfe». Die lokale Ebene ermöglicht es, von uns selbst auszugehen, von unseren Arbeitsplätzen und -verhältnissen, Wohn- und Lebensorten.

*«Schliesslich geht es nicht alleine um den Abbau des Alten
sondern gleichzeitig um den Aufbau des Neuen.»*

weise die Pflegeheime aufzulösen und eine Humanisierung von Pflegearbeit in Gang zu bringen. Um diese Mittel zu bekommen, ist die Gründung von Sozialfonds – in die auf der Basis direktdemokratisch gefasster Beschlüsse eingezahlt wird – nötig, aber nicht mehr über die staatlichen Steuerbehörden. Denn die Aggressivität des Staats mit seinen extremen Restriktionen, mit seinem Sozialabbau, wäre mit einer «Austrocknung des Staats» zu beantworten, die ihm keine Abgaben mehr zufließen lässt.

Der zweite Schritt umfasst die Enteignung der Kapitalvermögen. Dazu gehören Antworten auf die verstärkte Kontrolle der Bevölkerung und die generelle Repression. Solche Ansätze hat es in *Mutual Societies* in Gewerkschaften gegeben, die für ihre Mitgliedschaft soziale Sicherungssysteme aufgebaut haben. Diese Prozesse der Wiederaneignung müssen unmittelbar und nicht entfremdet stattfinden. Die mit der Austrocknung des modernen Sozialstaates verknüpfte Problematik liegt nach Roth vor allem darin, Gewaltexzesse oder einen Umschlag in Bürgerkrieg während der Übergangphase zu verhindern. Die Entwicklung von Strategien, in welchen exzessive Gewalt gar nicht erst möglich ist, bedeutet demnach auch, Repressionssysteme zu umgehen respektive gar nicht erst aufzubauen.

Der dritte Punkt der Verstedigung und Konkretisierung von Wiederaneignungsprozessen liegt in der Aufhebung der fremdbe-

stimmten Arbeit in all ihren Formen der Ausbeutung. In diesem Sinn ist der Prozess der Emanzipation stets auch ein Prozess der Selbstemanzipation vom Zwang auferlegter Lohnarbeit.

Aber wie sich organisieren?

Entscheidend, so Roth, ist die Kombination dieses Prozesses der Aufhebung der kommandierten Arbeit auf lokaler Ebene, welcher die Möglichkeit ökologischer Umgestaltung der Gesellschaft miteinschliesst, mit dem Prozess einer neuen sozialrevolutionären Umsturzbewegung, welche über das lokal-kommunale hinausgeht. Die Vermittlung zwischen den lokal-kommunalen und regional-transnationalen Prozessen muss über Gremien laufen, die in der Lage sind, Kämpfe zu koordinieren. Gleichzeitig müssen solche Assoziationen die Koordination einer ständigen Korrektur unterwerfen, d.h. stets auf Neue eine selbstkritische Analyse der eigenen Praxis vornehmen.

Ein Beispiel – das Zentrum des Atomwiderstandes

Ein spannendes Beispiel solcher Synergien stellt die Gegend um Lüchow-Dannenberg in Deutschland dar, wo das Atomzwischenlager und gleichzeitig seit über 30 Jahren das Zentrum des Atomwiderstandes liegt. Hier ist eine Substruktur des politischen Widerstandes gegen die AKW-Politik entstanden, die aufgehört hat, staatliche Forderungen zu stellen. Sie fordert die komplette Eliminierung dieses Zwischenlagers und die restlose Eliminierung der Nukleartechnologie. In Deutschland hat sie der Regierung wichtige Konzessionen abringen können. Gleichzeitig gibt es in der Region soziale Träger_innen dieser Massenproteste, die einen erheblichen Teil der alternativen Ökonomien betreiben. Erwerbslose Hochschulabgänger_innen der Landwirtschaftsschule Berlin sind in

diese Region gegangen und haben dort Landwirtschaftskooperativen gegründet. Gleichzeitig lassen sich «Veteran_innen» nieder und organisieren ihre handwerklichen Fähigkeiten in kleinen Produktionsgenossenschaften. Diese Kommunen tauschen ihre Produkte geldlos, auch nicht gegen Arbeitswerte, d.h. Arbeitszeit. Dadurch entsteht eine unmittelbare «gegenseitige Hilfe» zwischen den Kommunen (Landwirtschaft, Gesundheit, Handwerk etc.).

Europäische Assoziation sozialrevolutionärer Kräfte

Viele andere Beispiele zeigen uns die Stärke dieser Perspektive, denn besonders dort, wo alternative Gegenökonomien existieren, die mit anderen Prozessen der sozialen Aneignung kombiniert sind, ist der Widerstand stark, stabil und unerschütterlich. Es gilt, diese Strukturen zu verallgemeinern. Hierfür und um die koordinierte Abwendung der Katastrophen, die uns aufgrund der aktuellen Krise in der europäischen Peripherie bevorstehen, möglichst schnell voranzutreiben, schlägt Roth eine europäische Assoziation sozialrevolutionärer Kräfte vor.

Wie diese Assoziation aussehen könnte und welche politischen Bündnisse möglich wären, bleibt nach der Diskussion jedoch noch genauso offen wie die Frage nach der Macht. Laut Roth muss die Machtfrage unbedingt diskutiert werden, jedoch nicht abstrakt sondern in Momenten, in denen sich sozialrevolutionäre Herausforderungen unmittelbar stellen und konkret diskutiert werden können. Eine solche Perspektive erscheint uns wichtig und unverzichtbar. Dies ist keine Frage des richtigen politischen Wegs oder der Ganzheitlichkeit der «grossen Weigerung», sondern eine Bedingung der Möglichkeit einer gesellschaftlichen Transformation. Es müssen verschiedene politische Strategien als sich gegenseitig befruchtende und nicht ausschliessende Momente zusammengedacht werden, deren jeweilige Stärken die jeweiligen Schwächen der anderen sind. ♦

Karl Heinz Roth

Geboren 1942. Studium der Medizin und Geschichtswissenschaft. Mitbegründer der Zeitschrift *Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts*. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Sozial-, Wirtschafts-, Medizin- und Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Sein politischer Ansatz ist stark vom Operatismus beeinflusst.

Weiterführende Literatur von K.H. Roth:

- ▶ Die globale Krise. Globale Krise-Globale Proletarisierung-Gegenperspektiven 1 VSA Verlag, Hamburg 2010.

Die seit der Debatte 16 aufgegriffene Diskussion zur Avantgarde ist von vielen positiv aufgenommen worden und hat eine kontroverse Debatte ausgelöst. In dieser Nummer drucken wir einen Beitrag von Peter Haumer aus Wien ab, der die Position vertritt, dass sich Avantgarden nie unilateral und somit unabhängig von der kollektiven Selbstorganisation ausbilden können. (Red.)

Peter Haumer*

Avantgarde, Masse und Selbstorganisation

«Organisiert euch, und helft anderen Leuten, sich zu organisieren». Dieses erste seiner «10 Gebote für die Revolte»¹, gerichtet an die Occupy-Bewegung, ist – wie Mike Davis erklärt – ein kategorischer Imperativ jeder sozialen Widerstandsbewegung gegen die Herrschaft des Kapitals. Es zeigt auf, dass wir uns als ersten Schritt durch den Zusammenschluss mit möglichst vielen Gleichgesinnten selbst helfen müssen, um aus dem Schmelztiegel des Konkurrenzkampfes und der Entfremdung auszubrechen. Wir, die wir die Einsicht haben, uns gegen das Kapital zur Wehr zu setzen – wir versuchen *kollektives* Handeln zu diskutieren, abzusprechen und umzusetzen.

Das «Ende der Vertretung»

Wir organisieren uns, weil wir selbst Angriffsziele des Kapitals geworden sind, und wir organisieren uns gemäss unseres Bewusstseins, das aus den Bedingungen unseres gesellschaftlichen Lebens hervorgeht. Das hat zur Folge, dass – solange diese Bedingungen verschiedenartig sind und sich ungleichmässig und ungleichzeitig entwickeln – unser Wunsch sich zu organisieren noch kein allgemeiner sein kann.

Wir teilen den Drang nach Organisation mit unseren «Leidensgenoss_innen», hervorgegangen aus ähnlichen Daseinsbedingungen. Wir sind mit unserem Wunsch nach Organisation nicht die ersten – und wir werden auch nicht die letzten sein. Wir befinden uns damit in guter Gesellschaft, mit allen Sozialrebell_innen der Vergangenheit und der Zukunft. Organisation heisst Überleben zu wollen in einer Welt der Vereinzelung und des rücksichtslosen Konkurrenzkampfes.

Die Sinnhaftigkeit des Prinzips der Organisation setzt sich jedoch nur ungleichmässig und ungleichzeitig in den Reihen der Arbeiter_innenklasse durch. Die alte Form der Organisation als Befehlsempfänger_innen in Partei und Gewerkschaft löst sich auf und wird zunehmend durch Selbstorganisation ersetzt. Trotzdem ist die Idee der Selbstorga-

nisierung gegenwärtig noch eine avantgardistische Idee, und die Repräsentant_innen

dadurch zu der Einsicht: «Uns vertreten – das können wir nur selber tun!»



Occupy Wall Street: Kollektives Handeln wird diskutiert und umgesetzt.

dieser Idee stellen somit eine Art von Avantgarde, von bewusster Minderheit dar. Dies deshalb, weil sie Einsichten in Notwendigkeiten gewonnen haben, die für die Mehrheit der vom Kapital Beherrschten noch nicht nachvollziehbar sind; weil sie etwas glauben zu wissen, was die anderen noch nicht wissen.

Doch die gegenwärtige globale kapitalistische Krise ist auch eine grosse «Gleichmacherin». Immer mehr Menschen werden vom Kapital gezwungen, sich zur Wehr zu setzen, um ihre gewohnte Art des **(Über)Lebens beizubehalten. Sie kollidieren** mit ihrem Wunsch, ihr Leben und ihren Lebensstandard zu sichern, immer mehr mit dem historischen und aktuellen Versagen der «alten Arbeiter_innenbewegung», die sich dem «Ende der Vertretung» annähert. Immer mehr Opfer der globalen Krise kommen

Avantgarde und Elitismus

Die Idee der Selbstorganisation bekommt so zunehmend Boden unter den Füssen. Die Menschen, die Selbstorganisation bereits leben, können ihre Erfahrungen und Ideen weitergeben, verallgemeinern und dadurch weiterentwickeln. Was liegt näher als jenen, die im Kampf stehen, mit Hilfe und Informationen, die ihnen verweigert werden, beizustehen?

Hier geht es nicht um das leidige Verhältnis «Führung – Masse». Hier geht es einfach um Solidarität, um gegenseitige Hilfe, um Erfahrungsaustausch und Kooperation. Dadurch wird erlebbar, was gemeint ist wenn Alain Bihr von der «Pluralität von Avantgarden» spricht, wo jegliche Avantgarde nur einen Teil der Situation oder der gesamten Erfahrungen erfassen kann, es daher

«Die Aufgabe einer wirklich guten Organisation besteht darin, sich selbst überflüssig und nicht etwa unentbehrlich zu machen.»

auch nur eine «faktische Avantgarde» geben kann, die sich immer wieder aufs Neue im Leben beweisen muss.

In Alain Bihrs Aufsatz «Zum Begriff der Avantgarde»² wird diese selbst zu einer Selbstverständlichkeit des Alltags. Sie verliert jegliches Elitäre und ist für jeden Menschen offen. Jede_r von uns kann in die Situation kommen, eine avantgardistische Rolle zu übernehmen. Ein freier und egalitärer Meinungsaustausch wird daher auch zum notwendigen Lebensraum dieses Avantgardeverständnisses.

Die Selbstorganisation nimmt ein Stück dieser Zukunft vorweg. Entlang ihrer Strukturen wird sowohl der Abwehrkampf gegen die täglichen Übergriffe des Kapitals als auch der Kampf für eine klassenlose Gesellschaft geführt. In ihren Rahmen kann jede_r am Meinungsfindungsprozess über die besten Kampf-, Abwehr- und Aufbaumaßnahmen

fundene Werkzeug effektiv und optimal eingesetzt werden kann. Nur als kollektive Anstrengung ist es vorstellbar, tatsächlich brauchbare Wege zu finden. Aber in diesem Meinungsfindungsprozess wird es Vordenker_innen, Weichensteller_innen und Weitsichtige geben, einer Avantgarde gleich. In diesen Prozessen entscheidet sich auch, wer tatsächlich Avantgarde ist oder nicht.

Gleichzeitig ist diese Frage im wirklichen Leben gänzlich unwichtig. Denn es geht darum zu lernen, und Diskussionen dienen dazu, die nächsten Schritte vorzubereiten, weil wir hauptsächlich im Vorwärtsgehen lernen. Wir können nur das machen, was möglich ist, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, dass es einige wenige Zeitfenster gibt, in denen das schier Unmögliche möglich ist.

Leitfaden dieses Denkens ist, dass die Selbsttätigkeit der Einzelnen bzw. der Gruppen und Avantgarden mit der Selbsttätigkeit der

«Führern und Geführten» kommen, ist dies weiter nicht dramatisch, denn «eure Anführer_innen dürfen nur Anführer_innen auf Zeit sein.» Und sollten die Aufträge der Basis für deren Vertreter_innen unannehmbar sein, so müssen diese ihr Mandat zurücklegen.

Die Praxis der Avantgarden

Zu jeder Zeit wird es Menschen geben, die die Klassenkämpfe «lesen» können, die den täglichen Kleinkrieg zwischen Kapital und Arbeit zu verstehen suchen, um sich in dessen Dschungel zurechtzufinden. Sie versuchen, Antworten auf die Frage «Was tun?» zu finden. Sie suchen Gleichgesinnte, um aus den jeweiligen Detailwissen sich ein Gesamtbild zu machen, und sie machen dies aus dem Bewusstsein, dass sie Teil einer Bewegung sind, die sich im permanenten

«Die Selbstorganisation nimmt ein Stück der Zukunft vorweg. Entlang ihrer Strukturen wird sowohl der Abwehrkampf gegen die täglichen Übergriffe des Kapitals als auch der Kampf für eine klassenlose Gesellschaft geführt.»

men teilnehmen, entlang des Prinzips «jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen». Mike Davis ruft dazu passend der «Occupy-Generation» zu: «Eure Anführer_innen dürfen nur Anführer_innen auf Zeit sein. Ihr müsst sie abberufen können. Die Aufgabe einer wirklich guten Organisation besteht darin, sich selbst überflüssig und nicht etwa unentbehrlich zu machen.»

Selbstorganisation der Massen

Doch Voraussetzung dafür ist, dass die Massen das Werkzeug der Selbstorganisation in ihre Hände nehmen und beginnen, ihre Welt selbermächtig umzugestalten. Hier erstet die Idee, die von den Massen Besitz ergreift, weil diese auf sich selbst zurückgeworfen werden und beginnen dort zu graben, wo sie stehen. Dann geht es noch darum zu klären, wer denn weiss, wie schliesslich dieses ge-

Massen zusammenfließen sollte. Doch dies ist leider nur allzu selten der Fall. Noch sind es nur vereinzelte Höhenflüge der Geschichte, wenn ein Kollektiv sich in Bewegung setzt. In den allermeisten Fällen folgt auf solche Phasen der kollektiven Anspannung wieder Passivität. Die fehlende Aktivität der Massen kann aber durch nichts ersetzt werden. Es wäre ein schwerer Fehler zu glauben, dieses Manko durch besonderes Engagement der bewussten Minderheit ausgleichen zu können. Die bewusste Minderheit muss sich in solch einer Situation tunlichst entscheiden. Entweder sie arbeitet als Stellvertreterin der Massen weiter und verkommt dadurch immer mehr zu einem Papiertiger, oder sie bekennt sich weiterhin dazu, dass sie nur das bereit ist zu machen, was ihnen explizit von ihrer Basis aufgetragen und von dieser auch getragen wird. Sollte es zu einem unauflöselichen Widerspruch zwischen

Schlagabtausch mit dem Kapital befindet. Diese bewusste Minderheit muss danach trachten, ständig eine Funktion der realen Bewegung gegen das Kapital zu sein. Sie kann sich auflösen und sich zu anderer Zeit an anderen Ort wiederformieren. Aber so wie die Arbeiter_innenklasse nicht aufhört zu kämpfen, hört auch die Suche nach Wegen raus aus dem Kapitalismus nicht auf. Je entwickelter die Praxis der Arbeiter_innenklasse ist, desto präziser ist daher auch das Wissen über unsere Zukunft. ♦

* Peter Haumer, geb. 1956, Wien. Lehre als Orgelbauer und seit dem 14. Lebensjahr in politischen, gewerkschaftlichen und innerbetrieblichen Zusammenhängen organisiert.

1 www.zeit.de/2012/01/Zehn-Gebote

2 Alain Bihr: Zum Begriff der Avantgarde, «Debatte» Nr.16 und 17

Die diesjährigen Demonstrationsversuche gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos waren allesamt ein Desaster. Anstatt lautstarkem Protest gab es Verhaftungen und Einschüchterung. Die jüngsten Ereignisse zeigen nicht nur erneut, wie wenig Anziehungskraft die antikapitalistische Linke derzeit hat, sondern auch, in welche Richtung sich die Gesellschaft insgesamt verändert.

David Soofali

Als wir noch demonstrieren konnten

Samstag, 21. Januar: Einige Duzend Demonstrant_innen versuchen, sich zum geplanten Versammlungsort vor der Heiliggeistkirche in Bern zu begeben, um wie alle Jahre wieder gegen das WEF zu demonstrieren. Die Meisten erreichen ihr Ziel nicht; stattdessen werden sie von Hunderten von

Aktivist_innen, die einige Tage darauf in Basel versuchten, sich zu einem Aktionstag (keine Demo!) gegen das WEF zu treffen. Wieder wurden mehrere Leute verhaftet, Material (inkl. Auto) beschlagnahmt. Eine als Reaktion darauf wenige Tage später geplante Antirepressionsdemo endete abermals

lung, das stundenlange Wartenlassen, der brutale Umgang mit einigen Demonstrant_innen und nicht zuletzt die Fichierung aller Einkesselten führte damals immerhin noch zu einigen öffentlichen Kontroversen und Parlamentsdebatten über Verhältnismässigkeit, «Deeskalationsstrategien» und die Rolle des damaligen Polizeidirektors Jörg Schild.

Unvergessen für viele ist auch das äusserst brutale Vorgehen der Polizei in Landquart (**Graubünden**) 2004. Nach einer Anti-WEF-Demo in Chur wurden über 1000 Demonstrant_innen stundenlang bei eisiger Kälte festgehalten, mit Wasserwerfern, Schockgranaten («Irritationskörper»), Tränengas und Schlagstöcken traktiert, beschimpft und verspottet. Der vielleicht brutalste Polizeieinsatz der Schweiz innerhalb der letzten Jahre hatte ein juristisches Nachspiel zur Folge: Insgesamt 37 Strafanzeigen (Freiheitsberaubung, Nötigung, Amtsmissbrauch, Körperverletzung usw.) wurden – wenn auch leider erfolglos – eingereicht, die WOZ und andere linksgerichtete Zeitungen berichteten ausführlich, Mahnwachen wurden organisiert. Auch wenn der öffentliche Diskurs durch derartige Bemühungen nur begrenzt beeinflusst werden kann, sind solche Massnahmen notwendig, um sich Handlungsspielraum zu erkämpfen.

Sieben Jahre später scheint es völlig normal zu sein, das Recht auf Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit repressiv mit Füssen zu treten. Die Stimmung scheint sich auch innerhalb der Bevölkerung zu Gunsten der Repression gewandelt zu haben. Demonstrationen werden nur noch als Gefahrenquelle für die Vitriolen der Innenstädte gesehen, nicht als Moment der politischen Artikulation. Wie konnte es soweit kommen?

Die mediale Scharfmacherei

Seit Jahren haben Themen wie «Jugendgewalt», «Hooliganismus», «Vandalismus», «Ausländerkriminalität» und teilweise auch die «linke Gewaltbereitschaft» in den TV- und Printmedien Hochkonjunktur. Die



Derartige Bilder vermögen nur noch Wenige zu empören.

Polizist_innen in Kampfmontur, Verstärkung aus Bern, Basel, Zürich und Genf inklusive, eingekesselt, registriert und teilweise verhaftet. Um die Demonstrant_innen möglichst schnell und in grosser Zahl abführen zu können, wurde im Parkhaus Neufeld im Nordwesten Berns eigens ein «Warte- und Festhalteraum» installiert. Selbst das Schweizer Fernsehen, dessen Berichterstattung sich in der Regel auf die Verunglimpfung des Widerstandes und die Rechtfertigung übereifriger Polizeikommandanten konzentriert, kommentierte die Geschehnisse für einmal nüchtern: «Polizei erstickt mit massivem Aufgebot Anti-WEF-Demo im Keim.»

Demonstrieren nur mit Erlaubnis!

Donnerstag, 26. Januar: Nicht mehr Erfolg hatten eine ebenfalls bescheidene Anzahl

mit zahlreichen Verhaftungen, Einschüchterungen und der Erkenntnis, dass unbewilligte Demos derzeit nicht mehr möglich zu sein scheinen.

In allen drei Fällen gelang es nicht einmal ansatzweise, so etwas wie eine Demonstration oder wenigstens eine Versammlung zu erreichen. Die Medien ihrerseits nahmen die Ereignisse zur Kenntnis und liessen die Verantwortlichen zu Wort kommen, die wie immer beteuerten, wie viele gefährliche Gegenstände bei den Verhafteten gefunden worden seien.

Rückblick

Das lief auch schon anders. Im Januar 2005 beispielsweise wollten in Basel rund 400 Anti-WEF-Aktivist_innen demonstrieren. Die darauf folgende Einkesselung der Versamm-

«Kleinere Demoumzüge erinnern oft eher an einen Einsatz eines Antiterrorkommandos als an Kapitalismuskritik und Widerstand.»

Schnittpunkte der genannten Themenbereiche sind teilweise gering, teilweise inexistent, dennoch hat das tendenziöse und unreflektierte mediale Ensemble die Haltung der Politik und vieler Menschen gegenüber Andersdenkenden und ihren Ausdrucksformen beeinflusst. Obwohl es im internationalen Vergleich in der Schweiz wenig Sachbeschädigungen («Gewalt gegen Dinge») gibt, ist die Angst davor grösser geworden, werden Wegweisungen und Rayonverbote erteilt, öffentliche Plätze mehr überwacht, kommt immer mehr Polizei und Repression zum Einsatz.

In Genf wurde am 11. März gar über ein Gesetz abgestimmt, das die Demoorganisator_innen im Falle von Sachbeschädigung mit einer **Busse von bis zu 100'000 Franken sowie einem 5-jährigen Demoverbot** bestraft. Dies kann sogar explizit dann geschehen, wenn sich die Organisator_innen nichts zu Schulden haben kommen lassen. Die Vorlage wird von linker Seite zu Recht als «Antidemogesez» bekämpft, da es bei Demonstrationen selten möglich ist, restlos alle Teilnehmer_innen für ein bestimmtes Verhalten zu gewinnen. Ebenfalls obligatorisch soll künftig ein durch die Demoorganisierter Ordnungsdienst werden, der allerdings den Anweisungen der Polizei folgen leisten muss.

Die Linke im Hamsterrad

Doch auch der Widerstand ist in den letzten Jahren schwächer geworden. Die Beteiligung und das Interesse an militanten Aktionsformen haben abgenommen, Schuld daran tragen sicher nicht nur die Medien und die Repression. Die Zusammenarbeit innerhalb der antikapitalistischen Linken lässt zu wünschen übrig, Ansätze eines gemeinsam koordinierten Vorgehens sind selten.

Die Aktionsformen bleiben Jahr für Jahr dieselben, die Inhalte der Anti-WEF-Flyer ebenso. Zudem schafft es die antikapitalistische Linke selten, radikale, aber dennoch offene und nach aussen «verständliche» Demonstrationen zu organisieren. Kleinere Demoumzüge erinnern oft eher an einen Einsatz eines Antiterrorkommandos als an Kapitalismuskritik und Widerstand. Über den Sinn, die Einkaufsmeilen in Basel, Genf oder Zürich zu demolieren, kann mensch unterschiedlicher Meinung sein. Tatsache ist aber, dass dies wie Wasser auf die Mühlen derer sind, die den Widerstand kriminalisieren.

Der Weg aus der repressiven Sackgasse kann nur über die verstärkte Zusammenarbeit der antikapitalistischen Kräfte führen. Zudem muss es gelingen, weitere (und neue) Kreise anzusprechen. Repression muss auf verschiedenen Ebenen kritisiert und bekämpft werden, nicht alleine durch Antirepdemos, sondern auch über Öffentlichkeitsarbeit und gute Argumente. Demonstrationen sind mehr als nur die Garantie der Meinungsfreiheit. Sie sind ein wichtiges Mittel für all diejenigen, die bei den einflussreichen Medienunternehmen und politischen Institutionen dieses Landes kein Gehör finden, ein Mittel, um den Unmut und den politischen Kampf auf die Strasse zu tragen. ♦

Wo der Pfeffer wächst!

*Wo der Pfeffer wächst, da wachsen keine Flügel mehr,
wo der Pfeffer wächst, wächst höchstens noch die Bundeswehr,
und die Luftverschmutzung und der Polizeistaat,
und was sonst ein deutsches Pfefferherz begeischtart.
Wo der Pfeffer wächst, da wachsen braune Menschen nach,
und Fabriken und Computer und der Neid.
Und das Fernsehen sendet täglich einen längst bekannten Text,
und der Pfeffer wächst und wächst und wächst und wächst.*

*Die Liebe ist bei Tageslicht verboten,
das Gefühl: Nur eine Frage des Verstands.
Man hüte sich vor Ausländern und Roten,
man pflege die Genauigkeit,
und meide jede Traurigkeit,
und Heiterkeit, Humor und Toleranz!
Das höchste aller Güter bleibt die Heimat,
und wer sie kritisiert, der solls bereuen.
Jugend ist gefährlich, Weihnachten kommt jährlich,
das Leben ist nicht da um sich zu freun!*

*Wo der Pfeffer wächst, da kommt man zwar zum Wählen raus,
doch die Politiker, die wählen sich vorher selber aus.
Wer was erreichen will, der muss in der Partei sein,
auch geschäftlich muss er da und dort dabei sein.
Wo der Pfeffer wächst, geht alles demokratisch zu,
vorausgesetzt du hast genügend Geld.
Jede Meinung darfst du haben – wenn du artig sie versteckst,
und der Pfeffer wächst und wächst und wächst und wächst.
Sag mir einfach dein Berufsziel, und ich sag dir wen du leckst,
und der Pfeffer wächst, und wächst, und wächst, und wächst...*

Im Angedenken an den Künstler, Liedermacher und Anarchisten Georg Kreisler (1922 – 2011)

IMPRESSUM

Herausgeber: Verein pro Debatte c/o Bewegung für den Sozialismus,
Postfach 2002, 4001 Basel. PC 60-127876-2.

Redaktion: Annette Erzinger, Anika Thym, Avji Sirmoglu, David Soofali,
Hanspeter Gysin, Karin Vogt, Lothar Moser, Maurizio Coppola, Peter
Streckeisen, Sarah Schilliger, Tina Bopp.

Druck: Deltagraph Biel

Kontakt: kontakt@debatte.ch

Agenda

Lesekreis: Das Kapital lesen

Für alle, die den Kapitalismus nicht nur anprangern, sondern auch besser verstehen möchten. Wir freuen uns auf deine Teilnahme.

Anmeldung Bern: collettivo@gmx.ch

Anmeldung Basel: info@bfs-basel.ch

Filmabend: Jaffa – The Orange's Clockwork

Jeden zweiten Samstag zeigt die BFS Basel kapitalismuskritische und widerständige Filme.

Wo: Mediencafé la Cuna, Feldbergstrasse 70, Basel

Wann: Samstag, 24. März, 20:30 Uhr. Genaue Daten und Filmauswahl siehe Homepage / Facebook BFS Basel

Diskussionsveranstaltung: Widerstand in Griechenland!

Nirgends in Europa ist der Widerstand gegen die Abwälzung der Weltwirtschaftskrise auf die lohnabhängige Bevölkerung so heftig wie in Griechenland. Diskussionsveranstaltung über Realitäten und Perspektiven des Widerstandes mit einer jungen Aktivistin der DEA (Internationalist Worker's Left) aus Griechenland.

Wo: Volkshaus Zürich (Sitzungszimmer 22)

Wann: Freitag, 13. April 2012 um 19.30 Uhr

Diskussionsveranstaltung: Freier Personenverkehr

Freier Personenverkehr, flankierende Massnahmen und die Auswirkungen auf die Lohnabhängigen. Diskussion mit Charles-André Udry, Ökonom und Verantwortlicher der Informationsseite www.alencontre.org. Eintritt frei. Übersetzung französisch-deutsch garantiert.

Wo: Polit-Forum Käfigturm in Bern (Marktgasse 67, 2. Stock)

Wann: Dienstag, 10. April 2012, 19.30 Uhr



DEBATTE ABONNIEREN

Debatte-Online www.debatte.ch

BFS Zürich www.bfs-zh.ch

BFS Basel www.bfs-basel.ch

BFS Romandie | À l'encontre www.alencontre.org

BFS-Junge Romandie <http://cerclelabreche.wordpress.com>

BFS Tessin | Solidarietà www.mps-solidarieta.ch

Debatte | BFS Zürich | BFS Basel
cerclelabreche | [Giovani mps Ticino](http://www.giovani.mps.ticino.ch)

Abonniere die Debatte für Sfr. 20.- ein Jahr lang (4 Ausgaben)!

Verwende dazu den beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk «Abo».

Solidaritäts-Abonnement: ab Sfr. 50.- pro Jahr

Diese Zeitung wird ausschliesslich von ehrenamtlich arbeitenden Redaktorinnen und Redaktoren gemacht. Trotzdem fallen im Zusammenhang mit Druck und Versand der Debatte erhebliche Kosten an. Für Spenden sind wir deswegen dankbar! Spenden an: PC 60-127876-2, Vermerk «Spende»